

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

5

2S 21395E

Frankfurt, Mai 1970

Einzelpreis 0,75 DM

X. Jahrgang

Am 8. Mai 1970 jährte sich zum 25. Mal der Tag der Beendigung des zweiten Weltkrieges, der gleichzeitig der Tag des Sieges über den verbrecherischen Nazismus in Deutschland war. Die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht, die am Ende des totalen Zusammenbruches stand, macht aber im Bewußtsein vieler Menschen in der Bundesrepublik den 8. Mai zum Tag der nationalen Niederlage. Diese Vorstellung wird von den reaktionären Kreisen bewußt gefördert, obwohl nur die Niederlage die Voraussetzung für einen neuen demokratischen Anfang werden konnte.

25 Jahre nach dem Zusammenbruch der Nazidiktatur zeigt sich aber, daß die Lehren der Vergangenheit anfangen, zu verblassen, und daß der demokratische Anfang 1945 keineswegs das Ende jener Kräfte in der Bundesrepublik bedeutet, die die verbrecherische Politik Hitlers erst möglich gemacht haben. Es ist keineswegs so, daß der Nazismus in Deutschland lediglich einen tragischen „Unfall“ unserer Geschichte bedeutet und Hitler das deutsche Volk „dämonisiert“ habe. Hitler war kein Dämon, sondern ein politischer Verbrecher, der mit dem Geld der Großindustrie seine Macht begründen und festigen konnte. In den dreißiger Jahren bedienten sich die herrschenden Wirtschaftskreise der Nazipartei, um die berechtigten Ansprüche der Arbeiter und Angestellten nach sozialen Verbesserungen abzuwehren.

8. Mai: Mahnung für Demokratie

Wenn wir schon wieder eine neonazistische Partei haben, wenn in der sozialreaktionären CSU nationalistische Vorstellungen entwickelt werden, die sich von denen Hitlers nicht unterscheiden, gibt es nur eine Konsequenz, nämlich die, den Sumpf auszutrocknen, auf dem in den dreißiger Jahren der Nazismus gedeihen konnte und der auch heute wieder die gleichen Blüten treibt. Ohne die Entmachtung des Großkapitals wird der Aufbau einer demokratischen und sozialen Ordnung nicht möglich sein. Die Ursache des Zusammenbruches der Weimarer Demokratie war allein der Mißbrauch ökonomischer Macht durch die Konzernherren zu politischen Zwecken.

Der zweite Weltkrieg begann nicht erst 1939 mit dem Überfall auf Polen; er begann 1933 mit dem brutalen Terror gegen Sozialdemokraten und Kommunisten, er begann mit dem Zerschlagen der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien. Das aber wäre nicht möglich gewesen ohne den Zwiespalt in der Arbeiterschaft. Es ist gefährlich, wollten sich die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften in der Sicherheit wiegen, was vor 25 Jahren ein Ende nahm, könne nicht mehr wiederkommen. Heute ist nicht zu übersehen, daß die ohnehin nur schmalbrüstig derkommen. Heute ist nicht zu übersehen, daß die ohnehin nur schmalbrüstig derkommen. Heute ist nicht zu übersehen, daß die ohnehin nur schmalbrüstig derkommen.

Die Verteidigung der im Grundgesetz garantierten demokratischen Freiheit wird am konsequentesten geführt durch eine breite Mobilisierung aller Demokraten. Sicherster Garant für Demokratie und Freiheit ist aber die Einheit der Arbeiterklasse.

■ Tür in Kassel offenhalten!	2
Kampftag für Fortschritt	3
Würdigung W. I. Lenins	4
DGB-Kraftakt	4
■ Zur Lohnbewegung dieses Jahres	6
IG Bergbau: Notfalls streiken!	8
Chemie: Betriebsnahe Tarifpolitik	9
Alle reden von „Vermögen“	10
■ Bezirkskonferenzen der IG Metall	12
■ Gewerkschafts- Barometer 1969	14
FDGB: Einfluß auf die Schule	16
Sozialbericht	18
Renten Anpassung zu gering	18

Freiheit - aber wessen?

Die Hälfte des aus dem Ausland in der bundesdeutschen Wirtschaft investierten Kapitals stammt aus den USA. Das Vermögen der US-Konzerne in der Bundesrepublik beträgt 7,9 Milliarden DM — das sind 18,7 Prozent des Nominalkapitals aller Kapitalgesellschaften.

Dabei handelt es sich, wie gesagt, nur um den Nominalwert von USA-Beteiligungen an Privatfirmen oder Kapitalgesellschaften. Der reale Wert der US-Anlagen beträgt ein Vielfaches dieser 7,9 Milliarden DM.

Da haben also Helmut Schmidt und Barzel doch recht: Die US-Besitzer sind nicht nur da, um unsere „Freiheit zu beschützen“ — sie beschützen hier auch die Milliarden der US-Konzerne und ihre Freiheit, die bundesdeutschen Arbeiter und Angestellten auszubuten.

okulus

Tür in Kassel offenhalten!

**In Kassel muß Schritt zu Verhandlungen getan werden
Bundesregierung sorgt jedoch für Spannungsklima**

Wie kaum eine andere wird in diesen Tagen in der Arbeiterschaft die Frage diskutiert: Was wird in Kassel — bei der zweiten Begegnung zwischen Willy Brandt und Willi Stoph — herauskommen? Im wesentlichen hängt das von der Haltung der Bundesregierung ab. Die Bundesregierung aber hat neue Hindernisse für eine Verständigung zwischen der BRD und der DDR geschaffen.

Brandt hat zwischen Erfurt und Kassel Nixon in den USA aufgesucht. Es ist keineswegs ermutigend zu hören, daß Brandt Nixon versichert hat, die Regierung der Bundesrepublik stimme völlig mit der politischen Strategie der USA überein. Was ist denn damit gemeint? Vor allem hat Bundeskanzler Brandt, ebenso wie sein Minister Helmut Schmidt, die USA-Regierung ersucht, die amerikanischen Truppen weiter in der Bundesrepublik zu belassen. Die militärische Präsenz der USA in der Bundesrepublik ist für Brandt oberstes Prinzip aller außenpolitischen Vorstellungen. In diesem Punkt stimmen die sozialdemokratischen Minister völlig mit Kiesinger und Strauß überein. Eine seltsame nationale Haltung übrigens, die militärische Besetzung der BRD als entscheidende Grundlage der Existenz der Bundesrepublik auszuweisen.

Wie will Willy Brandt den Ministerpräsidenten der DDR davon überzeugen, daß er eine neue Friedensordnung in Europa wolle, wenn die Eingliederung der BRD in die NATO tabu sein soll und das militärische Bündnis mit den USA als unantastbar erklärt wird. Es geht aber doch auch gerade darum, die unheilvolle Eingliederung der BRD in das aggressive imperialistische Bündnis Schritt um Schritt zu beenden und auf der Grundlage der Verständigung gleichberechtigter und souveräner Staaten ein neues Sicherheitssystem anzustreben, dem sowohl die sozialistischen wie die kapitalistischen Staaten Europas angehören sollen.

Es gibt seitens der Bundesrepublik kein Wort der Kritik an den Kriegsabenteuern, die die USA-Regierung betreibt. Man muß wohl davon ausgehen, daß die Bundesregierung mit dem Pentagon übereinstimmt, die USA hätten eine Weltgendarmenrolle gegenüber allen progressiven Bewegungen in der Welt zu spielen.

Im Hinblick auf Kassel muß es als schwere Belastung angesehen werden, daß Außenminister Scheel die Beziehung zwischen der Bundesrepublik und Franco-Spanien weiter intensiviert hat. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung verkauft Panzer an das faschistische Regime in Spanien! Sicherlich ist das keine Geste, die Willi Stoph ermuntern könnte,

sich schnell mit Willy Brandt zu einigen. Die Regierung der Bundesrepublik hat kürzlich noch alles getan, um der DDR den Beitritt zur Weltgesundheitsorganisation zu verweigern. Ebenso wurde von Bonner Politikern die Aufnahme der DDR in die europä-

Gewerkschafter fordern von Brandt: DDR anerkennen!

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden zweiten Treffen zwischen Willy Brandt und Willi Stoph haben zahlreiche Gewerkschafter in den letzten Wochen Bundeskanzler Brandt zur Einnahme einer realistischen Verhandlungsposition ermuntert und in diesem Zusammenhang die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und den Abschluß völkerrechtlich gültiger Vereinbarungen mit der DDR-Regierung gefordert. Stellvertretend für andere sei der diesbezügliche Beschluß der außerordentlichen Delegiertenkonferenz des DGB-Kreises Kassel zitiert, der rund 100 000 Mitglieder zählt:

„Die DGB-Kreisdelegiertenversammlung begrüßt es, daß Bundeskanzler Willy Brandt und Ministerpräsident Willi Stoph für ihre zweite Begegnung Kassel als Tagungsort gewählt haben. Wir wünschen dem Treffen Erfolg. Vor allem im dem Sinne, daß damit der Weg zu gleichberechtigten Beziehungen mit der DDR beschritten wird, wie sie in zahlreichen Anträgen der Gewerkschaften gefordert worden sind. Wir betrachten die völkerrechtliche Anerkennung der DDR als eine dringende Voraussetzung für die notwendige Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Die Anerkennung der DDR und die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten dient auch der Bundesrepublik. Damit würden Schritte zur Sicherung des Friedens und zur Entspannung eingeleitet, die es ermöglichen, die Rüstungsausgaben zu kürzen und die Mittel für den Sozialetat und die Bildung zu erhöhen. Alle anderen anstehenden Probleme zwischen der Bundesrepublik und der DDR würden dann umso leichter gelöst werden können.“

ische Wirtschaftskommission hintertrieben. Das sind schon provokatorische Maßnahmen, die die sogenannte neue Ostpolitik der Brandt/Scheel-Regierung offen in Frage stellen.

In der Zeit seit der Begegnung in Erfurt ist von der CDU/CSU das „Selbstbestimmungsrecht“ des „deutschen Volkes“ als neuer Popanz hochgespielt worden. Auffällig ist, daß Brandt und Wehner davor zurückweichen und ebenfalls in den Chor einstimmen: Das „Selbstbestimmungsrecht“ sei ewig unveräußerlich.

Das Ganze ist eine große Irreführung der Öffentlichkeit. Unter „Selbstbestimmungsrecht“ verstehen die Bonner Politiker nicht etwa das Selbstbestimmungsrecht der BRD und das Selbstbestimmungsrecht der DDR, wie das eigentlich natürlich wäre, sondern ein angeblich gesamtdeutsches Selbstbestimmungsrecht, daß heute nur in der BRD ausgeübt werden könne. Hier wird der tiefere Sinn dieses schillernden Wortes sehr deutlich: eine Hallstein-Doktrin, eine Alleinvertretungsmaßnahme im neuen Gewande! Das ist es, was Strauß und Barzel retten wollen, nachdem diese Formel der BRD-Außenpolitik in der Welt völlig diskreditiert ist. Kann irgend jemand daran glauben, mit solchen Tricks in Kassel irgend etwas zu erreichen?

Die Bundesregierung und auch Bundeskanzler Brandt versäumen es, für Kassel ein gutes Klima zu schaffen. Neben der CDU/CSU darf die NPD landauf, landab hetzen, Beschimpfungen übelster Art werden gegen Stoph in die Welt gesetzt. Faschistische Drohungen sind in den Zeitungen der NPD zu lesen. Trotz Potsdamer-Abkommen und ausdrücklichem Verfassungsgebot, jede nazistische Tätigkeit zu unterbinden, kann Thadden mit seinen Mannen immer noch sein Unwesen treiben. Schon wurde von Mitgliedern der NPD das Bezirksbüro der DKP in Düsseldorf verwestet. Soll das die Begleitmusik für Kassel werden?

Willi Stoph, der Ministerpräsident des sozialistischen deutschen Staates, sollte in Kassel von den Arbeitern, allen friedliebenden Bürgern als ihr Gast betrachtet und würdig empfangen werden. Die Vertrauensleute von Hoesch in Dortmund haben nationale Würde und Verantwortung bewiesen, indem sie in einer Entschliebung Bundeskanzler Brandt ersucht haben, in Kassel die DDR völkerrechtlich anzuerkennen.

In Kassel wäre es an der Zeit, einen Schritt vorwärts zu Verhandlungen zu tun. Wer verhandeln will, muß konkrete Vorschläge machen. Seitens der Regierung der DDR liegt der Vertragsentwurf zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten vor. Die Bundesregierung hat — bis heute jedenfalls — keinerlei praktisches Verhandlungs-

Kampftag für Fortschritt

Am 1. Mai 1970: Kundgebungen für Frieden, Sicherheit und fortschrittliche Gesellschaft — Vetter betont Mitbestimmung

In der gesamten Bundesrepublik begingen die werktätigen Menschen mit den Gewerkschaften den 1. Mai als Kampf- und Feiertag. In zahlreichen Städten kehrten die Gewerkschaften dabei zu den traditionellen Formen der Kundgebung und Demonstration zurück, die in den letzten Jahren durch volksfestähnliche Veranstaltungen ersetzt worden waren und zunehmende Kritik unter den Gewerkschaftern ausgelöst hatten. Der 1. Mai ist wieder politischer geworden.

Allerdings kam das nicht so sehr in den Reden der Mitglieder des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, die sich in auffälliger Weise vorwiegend auf sozialpolitische Themen beschränkten, zum Ausdruck, als vielmehr in den Losungen, die auf den Kundgebungen gezeigt wurden, und in

der starken Beteiligung junger Arbeiter und Angestellter sowie Schüler und Studenten. Auf Spruchbändern verlangten die Kundgebungsteilnehmer mehr Bildung statt Rüstung, Beendigung des Vietnamkrieges, völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Mitbestimmung, Maßnahmen gegen den Preiswucher und eine kräftige Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Auf der Mai-Kundgebung in Düsseldorf erklärte Georg Benz vom Vorstand der IG Metall, die Arbeiterschaft dürfe niemals müde werden im Kampf gegen das Weltrüsten und alle Formen der Kriegstreiberei. Während jährlich rund 650 Milliarden DM in der ganzen Welt für ein Rüstungs- und Vernichtungspotential von unvorstellbarem Ausmaß verschleudert würden, stürben Jahr für Jahr Millionen Menschen den Hungertod und seien zwei Drittel der Menschheit chronisch unterernährt. Von Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit in der Welt seien wir noch weit entfernt. Darum müsse der 1. Mai auch zukünftig ein Kampftag sein. Die westdeutschen Arbeiter hätten in den Septemberstreiks 1969 gezeigt, daß sie kämpfen könnten und wollten.

In Nürnberg sagte Fritz Strothmann vom IGM-Vorstand, auf die Ostpolitik der Regierung Brandt eingehend, es sei klar, daß die Spaltung Deutschlands, der Verlust der Ostgebiete und die „Sonderlage“ Berlins durch den Hitler-Krieg entstanden seien. In der Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten stecken drei politisch unauweiche Konsequenzen, die zu ziehen seien: 1. Preisgabe des Alleinvertretungsanspruches durch Bonn; 2. Aufnahme normaler Beziehungen zur Regierung der DDR; 3. Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.

Zum gleichen Thema, einer Politik des Friedens als Voraussetzung für sozialen Fortschritt, äußerte sich auf einer DKP-Veranstaltung am Vorabend des 1. Mai in Mannheim der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei, Herbert Mies, mit den Worten: „Einen gesicherten und dauerhaften Frieden können wir nicht dadurch erreichen, daß sich auch die SPD-geführte Regierung weigert, die völkerrechtliche Anerkennung der

DDR auszusprechen, daß sie Panzer an das faschistische Spanien liefert, einen erklärten Militaristen wie General Schnez im Amt beläßt, den Rüstungsetat nicht kürzt.“ Der 1. Mai sei immer ein Kampftag und Tag der Solidarität der Werktätigen aller Länder.

Auf der Hauptkundgebung des DGB in Hamburg bezeichnete der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter Vermögensbildung und Mitbestimmung als die zentralen gesellschaftspolitischen Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zwar stehe die von der Regierung ange kündigte Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes unmittelbar bevor, bleibe aber auf dem Gebiet der Mitbestimmung Stückwerk, solange nicht die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in allen großen Unternehmen gelinge. Vetter kritisierte mit dieser Äußerung — sicherlich ungewollt — Bundeskanzler Willy Brandt, der zur gleichen Zeit in Dortmund auf der Mai-Kundgebung mit dem Hinweis auf die geplante Verbesserung des BVG bemüht war, seiner Regierung einen fortschrittlichen Anstrich zu geben.

Als „Aufgaben moderner Gewerkschaftspolitik“ nannte Vetter: Reform und Ausbau einer umfassenden Sozialversicherung; Ausbau des Systems der sozialen Sicherung; Schaffung besserer Voraussetzungen für die berufliche Mobilität der Arbeitnehmer; Sicherung und Erweiterung des Arbeitnehmeranteils am Volkseinkommen; Sicherung der vollen Betätigungsfreiheit der Gewerkschaften; Beendigung der skandalösen Vermögensverteilung; Ausbau und Ausdehnung der Mitbestimmung auf alle Bereiche, in denen Entscheidungen für das Schicksal der Arbeitnehmer fallen.

Die Gewerkschaften bekräftigten am 1. Mai mit Nachdruck ihre Entschlossenheit, eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik zu betreiben, um den Arbeitern, Angestellten und Beamten einen höheren Anteil am Wirtschaftsertrag zu sichern. Die durchschnittlichen Nettogewinne der Unternehmer seien in den Jahren 1968/69 fast dreimal so schnell gestiegen wie die Nettolöhne. Diesen Rückstand gelte es aufzuholen. Das sagte in Neviges das Mitglied des DGB-Bundesvorstandes Georg Neemann.

Die Mai-Veranstaltungen des DGB haben es wieder verdeutlicht: Es gibt für die Gewerkschaften sehr viel zu tun, wenn sie ihre Mai-Losung verwirklichen wollen: „Wir sichern den Fortschritt“. Die Arbeiterschaft ist entschlossen, dafür zu kämpfen. G. S.

angebot gemacht. Herrn Wehner ist nichts anderes eingefallen als zu sagen: Erst solle über Verkehrsprobleme und die Postzustellung etwa, ein Abkommen angestrebt werden. Eine Gesamtregelung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD könne erst später erfolgen.

Angesichts der Notwendigkeit, eine echte Friedensregelung zu erreichen, bedeuten solche Vorschläge nichts anderes, als dem Kern der Sache, um die es geht, auszuweichen und Hindernisse für echte völkerrechtlich fundierte Beziehungen aufzutürmen.

So steht die Begegnung zwischen Willy Brandt und Willi Stoph in Kassel noch im Nebel der zwielichtigen Politik der von Brandt geführten Regierung. Es wird schwer sein, in Kassel einen positiven Schritt vorwärts zu tun. Dennoch, ein solcher Schritt ist notwendig. In München auf dem CSU-Parteitag wurden Brandt, seine Regierung und die SPD schon fast des nationalen Verrats bezichtigt. Aber zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen, Vertretungen aus den Betrieben und Organisationen der SPD selbst ermuntern Brandt, endlich über den Schatten der CDU/CSU zu springen und auf die Stimme des Volkes zu hören.

Die DDR ist da, sie entwickelt sich, sie ist in der Welt ein Faktor des Friedens, die DDR und die BRD können, wenn sie ihre Beziehungen gleichberechtigt als souveräne Staaten regeln, viel zum gesicherten Frieden in Europa beitragen. In diesem Sinne ist es wichtig: die Tür zu weiteren Gesprächen und Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD muß in Kassel offenbleiben!

Josef Ledwohn

Der Bundesvorstand des DGB hat am 5. Mai 1970 abermals den Vorschlag des FDGB abgelehnt, sich im Interesse der Sache anderswo als in Berlin zu treffen. Im April hatte der DGB bereits Boltenhagen als Tagungsort abgelehnt. Jetzt wies er Magdeburg zurück. Der DGB-Bundesvorstand, der nicht oft genug beteuern kann, „ohne jegliche Vorbedingungen“ verhandeln zu wollen, will auf dem Gebiet der DDR nur Ostberlin — bei Anreise über West-Berlin — akzeptieren.

Jedem Menschen mit einem Fünkchen politischem Gespür dürfte einleuchten, daß dieses Was-Brandt-nicht-kriegt-will-Vetter-haben-Spiel so nicht endlos weitergehen kann. Es ist ein Punkt erreicht, an dem nicht mehr zu übersehen ist, daß hier Bonner Politik mit anderen Mitteln fortgesetzt werden soll: Demonstration des Begehrs nach West-Berlin. Die Hartnäckigkeit, mit der der DGB-Bundesvorstand alle Kompromißvorschläge des DGB zurückweist, läßt an dem erklärten Ziel der Kontaktaufnahme als Beitrag zur Verständigung und Friedenssicherung zunehmend Zweifel aufkommen.

In diesem Zusammenhang gewinnt wieder die Tatsache Bedeutung, daß der DGB sich nach vollzogener Führungsnahme zu den übrigen sozialistischen Ländern noch mehrere Jahre weigerte, die DDR in diese Kontakte einzubeziehen. Die DDR sollte tabu bleiben. Bekanntlich wurde der DGB-Bundesvorstand durch die Delegierten des 8. DGB-Kongresses im Mai 1969 verpflichtet, die Möglichkeiten zur Kontaktabahnung zum FDGB zu prüfen. Das war das Resultat der anschwellenden Bewegung für die Herstellung von FDGB-Kontakten. Das augenblickliche Verhalten des DGB-Bundesvorstandes macht deutlich, wie sehr er gezwungen wurde, den Kontaktschritt zu gehen und wie unverändert ablehnend die DGB-Spitze diesen Kontakten gegenübersteht. Aber einfach „nein“ sagen, geht jetzt nicht; dieses unpopuläre Nein soll die andere Seite aussprechen, womit sie dann den Schwarzen Peter hätte.

Es stellt sich auch die Frage, ob der DGB Bundeskanzler Brandt nicht einen politischen Bärendienst erweist. Oder ist das alles abgekartete Arbeitsteilung zwischen der Regierung und ihren Erfüllungsgehilfen im DGB-Führungszentrum? Der Kanzler — in nationaler Verantwortung, versteht sich — zeigt sich staatsmännisch und kompromißbereit. Und ausgerechnet die DGB-Spitze muß probieren, wie weit man die DDR in der West-Berlin-Frage strapazieren kann? Eines steht schon heute fest: Kommt das DGB-FDGB-Gespräch noch zustande, so wird das historische Verdenst daran bestimmt nicht der Mannschaft um Oskar Vetter zufallen. G. Siebert

Zum 100. Geburtstag W. I. Lenins fanden in der Bundesrepublik einige von der Deutschen Kommunistischen Partei organisierte Veranstaltungen statt, die bemerkenswert gut besucht waren, besonders von jungen Menschen. An der zentralen Veranstaltung des DKP-Parteivorstandes in München nahm als Vertreter des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion N. Rykow, Abgeordneter des Obersten Sowjet der UdSSR, teil. In einer Rede an die Teilnehmer der Veranstaltung sprach er über die Bedeutung Lenins für die fortschrittliche Menschheit und seine hervorragende Rolle für den Frieden in der Welt.

„Die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland, unter der Führung Lenins vollzogen, leitete einen mächtigen revolutionären Prozeß ein, der die historisch überlebte kapitalistische Gesellschaft durch eine neue Gesellschaftsformation, den Sozialismus, und dann durch den Kommunismus als höchstem, vollkommenerem Stadium des Sozialismus zu ersetzen berufen ist...“

Der Sozialismus ist heute zu einem mächtigen Weltssystem geworden, das die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft entscheidend beeinflusst. Die Friedenspolitik der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder, gepaart mit dem erforderlichen Militärpotential, bindet dem Weltimperialismus die Hände und nimmt ihm die Möglichkeit, seine traditionelle Politik der Kriege und Eroberungen, die Politik der Unterdrückung und Versklavung in dem Ausmaß fortzusetzen, nach dem es ihm gelüftet...

Mit der Errichtung des sozialistischen Weltsystems hat die Menschheit zum ersten Mal die Möglichkeit erhalten, den Krieg für immer aus ihrer Entwicklung zu verbannen. Das Leninische Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung setzt sich immer mehr durch und wird zu einer Norm der zwischenstaatlichen Beziehungen unserer Zeit...

Die Ideen Lenins aber, im Sowjetstaat verkörpert, üben auf die Werktätigen der ganzen Welt eine wachsende Anziehungskraft aus. Sie haben auch auf deutschem Boden einen Sieg errungen. Heute besteht und entwickelt sich die sozialistische Deutsche Demokratische Republik. Die internationale imperialistische Reaktion versucht, die DDR zu isolieren, indem man sie nicht als souveränen Staat und vollberechtigtes Subjekt des Völkerrechts anerkennt.

Gegen diesen Staat ist eine mächtige Propagandakampagne aufgezogen worden mit dem Ziel, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und die Erfolge zu diskreditieren, die sie errungen hat. Noch haben manche Leute im Westen die Hoffnung nicht aufgegeben, daß in der DDR die sozialistischen Verhältnisse liquidiert und der Kapitalismus restauriert werden könnte. Solche Hoffnungen sind aber nichts

als Illusionen, die nie verwirklicht werden können. Solche Illusionen hatten sich seinerzeit auch die Gegner des Sozialismus in bezug auf die Sowjetunion gemacht. Diese Illusionen, hoffe ich, sind zertrümmert. Sie werden auch in bezug auf die DDR zertrümmert.

Der deutsche sozialistische Staat ist ein wichtiger Bestandteil des sozialistischen Weltsystems. Seine Sicherheit wird durch die gesamte Macht der sozialistischen Staaten garantiert...

Um die Lehre Lenins vollständig zu verwirklichen, um die großen Aufgaben zu erfüllen, die die KPdSU gestellt hat, braucht unser Volk den Frieden, einen Frieden, der nicht auf einem Gleichgewicht des Schreckens, nicht auf Wettrüsten beruht, sondern auf echter internationaler Entspannung. Wir haben dem Imperialismus bewiesen, daß wir mit ihm auch auf militärischem Gebiet erfolgreich konkurrieren können. In unserem Land ist ein Potential geschaffen worden, das ausreicht, die Angriffe eines jeden Aggressors zurückzuschlagen.

Wir wollen aber mit der kapitalistischen Welt nicht in der Produktion von Raketen und Atombomben wetteifern. Wir schlagen ihr Abrüstung vor und fairen Wettkampf auf dem Gebiet der Schaffung materieller und geistiger Güter für das Volk. Wie Lenin glauben wir an die Vorzüge unserer Gesellschaft und die Macht ihres Beispiels. Gerade das Beispiel ist unsere Hauptwaffe im Kampf der beiden Systeme der heutigen Gesellschaft. Das ist eine wirksame, eine revolutionäre Waffe. Den Verteidigern der überlebten kapitalistischen Gesellschaft ist sie viel schrecklicher als A- und H-Bomben.

Die KPdSU tritt konsequent für die Schaffung eines wirksamen europäischen Sicherheitssystems auf der Grundlage der Anerkennung der bestehenden europäischen Grenzen ein. Wir sind der Meinung, daß alle europäischen Länder, darunter auch die beiden deutschen Staaten, zur Schaffung des Sicherheitssystems beitragen werden...

Roter-Punkt-Erfolg

Erfolgreiche Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen DGB unterstützte Aktionen in Herford und Minden

In den ostwestfälischen Städten Herford und Minden haben spontane Protestaktionen gegen Fahrpreiserhöhungen nach dem Vorbild der „Aktion Roter Punkt“ in Hannover Mitte April zu einem beispielhaften Erfolg geführt. Fast zwei Wochen lang wehrte sich die Bevölkerung beider Städte mit vorbildlichen Solidaritätsmaßnahmen gegen die rigorosen Fahrpreiserhöhungen um 50 bis 100 Prozent, die von den Elektrizitätswerken Minden-Ravensberg (EMR), die ein 800 km langes Straßennetz im Nahverkehr bedienen, verfügt wurden. Die am 1. April eingeführten Fahrpreiserhöhungen mußten schließlich am 14. April zurückgenommen werden, und zwar auf den Stand vom 31. März.

In Herford und Minden bildeten sich spontane Komitees aus Schülern, Lehrlingen und Studenten, die von den Gewerkschaften aktiv unterstützt wurden. Auch die DKP unterstützte die Aktion Roter Punkt, in Herford ebenso die SPD und die Jungsozialisten. Allein in Herford waren 30 000 rote Punkte an Autofahrer verteilt worden, die in beispielhafter Solidarität von morgens bis Mitternacht die Abwicklung des Nahverkehrs in die eigenen Hände nahmen. Die Busse der EMR wurden blockiert oder boykottiert. Der DGB stellte den jungen Arbeitern, Schülern und Studenten als den Initiatoren der Protestaktion gegen Unternehmerwillkür und Profitsucht Räume,

Papier für Flugblätter und technische Hilfsmittel zur Verfügung.

Obleich die Verkehrsgesellschaft die Fahrpreiserhöhung voll zurücknehmen mußte, wurden nicht alle Forderungen der Rote-Punkt-Aktion erfüllt: Herabsetzung der Fahrpreise, 50-Pfennig-Einheitstarif, kostenlose Fahrt für Schüler, Lehrlinge, Rentner und Kriegsbeschädigte sowie freie Fahrt zum Arbeitsplatz. Diese Forderungen bleiben auf der Tagesordnung und werden von den Aktionskomitees mit Unterstützung der Gewerkschaften und der DKP weiter verfolgt.

Das Mitglied des Aktionskomitees in Minden, Udo Riechmann, charakterisierte die Aktion Roter Punkt sehr treffend mit den Worten: „Die meisten Älteren haben nur zu gehorchen gelernt. Nun hat sich das Nichtgehörchen als wesentlich wirksamer erwiesen. Das jahrzehntelange Hinnehmen der von der Obrigkeit kommenden Anordnung ist kein Naturgesetz. Wir haben Erfolg gehabt, weil wir nicht mehr länger alles hinnehmen. Diese Erfahrung sollten wir nicht vergessen.“

Die Forderung nach kostenloser Beförderung im Nahverkehr wird immer populärer. Als erste Stadt in der Bundesrepublik hat Limburg an der Lahn den Null-Tarif auf den städtischen Verkehrsmitteln eingeführt. N.

Neue Streiks eine Warnung an Unternehmer

Eine ganze Serie von Kurzstreiks, vorwiegend in der Metallindustrie, zeigt in den letzten Wochen an, daß das soziale Barometer zunehmend auf Sturm deutet. Die Empörung der Arbeiter und Angestellten über den Preiswucher, die fortdauernde Gewinnexplosion in den Konzernbetrieben und über Versuche der Unternehmer, bei Eingruppierungen und Einführung neuer Lohnfindungsmethoden die Akkorde, Prämien usw. zu drücken, macht sich in betrieblichen Streiks Luft. Dabei wird häufiger die Forderung nach Teuerungszulagen laut. Wenn die Unternehmerschaft diese wachsende Unruhe in den Betrieben noch länger ignoriert, wird sie sich nicht wundern dürfen, daß möglicherweise die Streiks zu einer neuen Welle wie im September 1969 anwachsen. Die Gewerkschaften soll-

ten diese Bewegung und damit verbundene Stärkung ihrer Position ausnutzen, um Teuerungszulagen bzw. vorgezogene Lohn- und Gehaltsverhandlungen durchzusetzen.

Nach einer keineswegs vollständigen Liste streikten in den letzten zwei bis drei Wochen, teils für höhere Löhne und teils gegen Lohnabbau bzw. das Verhalten von Vorgesetzten die Arbeiter in folgenden Betrieben: im Landmaschinenwerk John Deere, bei Daimler Benz Werk Mannheim-Waldhof, Krupp-Widia in Essen, der Träfo-Union in Stuttgart, der Motoren-Turbinen-Union (vormals Maybach) in Friedrichshafen, bei Ridinger in Mannheim, in der Vereinigen Gaszähler-AG Mannheim, der Gebr. Claas-Maschinenfabrik GmbH bei Bielefeld, in der Firma Südrad in Ebersbach, bei Audi-NSU Neckarsulm, bei Linde Aschaffenburg und im Stahlwerk Rheinau in Mannheim.

Keine Partner!

Eine „Mitbestimmung“, die die Machtbefugnisse der Konzernmanager und Aktionäre nicht einschränkt, verdient den Namen nicht. Das dürfte klar sein. Und eine „Mitbestimmung“, die die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit verkleistert, statt sie zugunsten der Arbeitnehmer auszufechten, und die das spätkapitalistische System reibungsloser funktionieren läßt, weil sie nicht effektiv genug ist und gegenüber den Werktätigen als beschwichtigendes Feigenblatt nackter Ausbeutung dient, ist nicht wert, daß man für sie kämpft. Das sollte ebenfalls klar sein.

Unter diesem Gesichtspunkt — das DGB-Grundsatzprogramm versteht Mitbestimmung als Mittel zur Veränderung der Gesellschaftsordnung — fragt man sich, welches Konzept der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter vertritt. Seine am 7. April 1970 vor der Hans-Böckler-Gesellschaft gehaltene Rede enthält einige Aussagen, die bedenklich sind. Vetter sprach über den Mitbestimmungsbericht der Biedenkopf-Kommission und nannte ihn wiederholt eine „glänzende Rechtfertigung“ der Mitbestimmungsforderungen des DGB. Und so wirbt der DGB-Vorsitzende mit folgenden Feststellungen der Biedenkopf-Kommission bei den Unternehmerverbänden für die Mitbestimmung:

Bei der in der Montanindustrie praktizierten Mitbestimmung

- gibt es keine Fernsteuerung durch die Gewerkschaften;
- finden keine schiefremden Koppelungsgeschäfte statt;
- werden unternehmerische Initiativen nicht behindert;
- werden investitionspolitische Maßnahmen nicht blockiert;
- erreichen die Arbeitnehmervertreter die Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen;
- wird die Rationalität des Entscheidungsprozesses nicht in Frage gestellt;
- werden unternehmerische Entscheidungen inhaltlich verbessert.

Dazu gehört auch die Feststellung der Kommission, daß in drei Vierteln der untersuchten Montanbetriebe in den Aufsichtsräten fünf Jahre lang keine Kampfabstimmung stattfand.

Nun ist man bei einigen dieser famosen Argumente „für“ die Mitbestimmung geneigt, sie als ein sicheres Mittel zur Diffamierung dieser Forderung zu bezeichnen. Gerade darum stellt sich die Frage nach dem gesellschaftlichen Leitbild des DGB-Vorsitzenden. Offenbar wünscht er Mitbestimmung nicht als Hebel zur Zurückdrängung von Monopolmacht, sondern als systemkonforme Institutionalisierung von Sozialpartnerschaft. Darüber wird in den Gewerkschaften zu diskutieren sein! Sb.

Bei den Lohnverhandlungen sowie ganz allgemein in der Öffentlichkeit spielen die Lohnkostenbelastungen der Industrie eine besondere Rolle. Die Unternehmerverbände und die von ihnen gelenkte Presse können nicht genug von den „Belastungen“ sprechen, die den Unternehmerverbänden durch „übermäßige“ Lohn- und Gehaltserhöhungen entstanden sind. Inzwischen aber liegt die vom Statistischen Bundesamt herausgegebene neueste Untersuchung über „Beschäftigte und Umsatz in der Industrie 1969“ vor, und hier finden sich Zahlen, die das Gegenteil dessen beweisen, was von den Unternehmern behauptet wird.

Nach dieser Untersuchung ist der Umsatz der Industrie, und zwar der Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, bei einer Erhöhung der Erzeugerpreise im Jahresdurchschnitt um 2,1 Prozent gegenüber 1968 um knapp 65 Milliarden DM gestiegen — davon 51,5 Milliarden Inlandsumsatz und 13,5 Milliarden DM Auslandsumsatz. Das entspricht einem Zuwachs von 16 Prozent. Im gleichen Jahr erhöhte sich die Bruttolohnsumme von 60,9 auf 70,5 Milliarden DM und die Bruttogehaltssumme von 29,8 auf 34,1 Milliarden DM. Das ist eine prozentuale Gesamterhöhung der Löhne um 15,8 Prozent und der Gehälter um 14,4 Prozent. Beide Steigerungen lagen unter der Zuwachsrate des Umsatzes. Nun aber hat sich die Zahl der Beschäftigten gegenüber 1968 um 411 000 erhöht, das heißt, es gab 5,2 Prozent mehr Beschäftigte, die um 5,4 Prozent mehr Arbeitsstunden leisteten. Damit verminderte sich die Steigerung der Bruttolöhne auf einen Zuwachs von 9,9 Prozent je geleistete Arbeitsstunde bei den Arbeitern und um 9,1 Prozent je Angestellten und Monat.

In diesem Zusammenhang sind auch die Zahlen über die Investitionen in der Wirtschaft nicht uninteressant. In der Zeit der — nach den Worten des ehemaligen CDU-Ministers Schmücker „gewollten“ — Rezession von 1965 bis 1967 sind die Bruttoinvestitionen um rund 20 Milliarden DM zurückgegangen. Von 1967 bis 1969 stieg der Jahresaufwand jedoch um mehr als 40 Milliarden DM. Die Selbstfinanzierungsrate, das ist der Anteil der im Unternehmen verdienten Finanzmittel, hat 1969 einen besonders hohen Stand erreicht. Sie betrug 71,4 Prozent und lag damit um 11 Prozent höher als 1965.

Die wirtschaftlichen Fakten beweisen, daß die in der öffentlichen Auseinandersetzung immer wieder aufgestellte Behauptung, die Löhne und Gehälter trieben die Preise, falsch ist. Die Preistreiberbereien in der Bundesrepublik finden ihre Ursache allein in dem Profitstreben der Konzerne und Monopole.

- eg -

Tarifabschlüsse blieben unter Zielprojektion des DGB Noch große Anstrengungen für Erfolg der Lohnrunde

In den ersten Monaten dieses Jahres wurden Tarifverträge für rund 5,8 Millionen Arbeiter und Angestellte abgeschlossen. Die durchschnittlichen Tariflohn-erhöhungen betragen 10,4 Prozent, einschließlich der Nebenleistungen 11,9 Prozent. Weitere Abschlüsse für rund 9 Millionen Arbeiter und Angestellte stehen noch aus, darunter in so wichtigen Bereichen wie der chemischen und der gesamten Metallindustrie.

In seiner am 12. November 1969 veröffentlichten Projektion über die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1974, hat der DGB sich das Ziel gesteckt, bei einer relativen Preisstabilität (Preiserhöhungen nicht über 2 Prozent) für 1970 einen Zuwachs des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit von 12,5 und des Nettoeinkommens von 11,1 Prozent zu erreichen. Wir können schon jetzt feststellen, daß die ersten Tarifabschlüsse hinter diesen Zielen zurückbleiben. Die folgenden Abschlüsse müßten, wenn sie im Jahresdurchschnitt nur annähernd diese Zahlen erreichen wollen, weit darüber hinausgehen.

Wenn die Gewerkschaften ihre selbstgestellten Ziele ernsthaft verwirklichen wollen, so ist gegenwärtig der Zeitpunkt günstig, wo eine Mobilisierung der Kräfte höchstmögliche Ergebnisse verspricht. Die wirtschaftliche Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß die Hochkonjunktur zwar ihren Höhepunkt bereits überschritten hat, daß sich aber Produktion, Binnen- und Außenhandel sowie auch die Investitionstätigkeit nach wie vor auf einem hohen Niveau bewegen. Aus der zweifellos in absehbarer Zeit zu erwartenden Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt, und damit verbunden, einer sich abschwächenden Konjunktur, ergibt sich schon jetzt die Notwendigkeit, über steigende Löhne und Gehälter die Wirtschaftsentwicklung zu stimulieren. Höchstmögliche Lohnerhöhungen im Frühjahr und Sommer 1970 sichern möglichst viele Arbeitsplätze im Herbst und in der folgenden Zeit.

Die Profitsituation der großen Konzerne ist ausgezeichnet, für viele war sie noch niemals günstiger als in der gegenwärtigen Periode. Die Deutsche Bank verkündete anläßlich ihres hundertjährigen Jubiläums, daß sie das beste Geschäftsjahr ihrer Geschichte erlebte. Sie schüttete einschließlich Bonus eine Dividende von 25 Prozent aus.

Im Gegensatz zu dem vom DGB erwarteten Preisanstieg, haben sich die Lebenshaltungskosten für einen Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen von Mitte Februar bis Mitte März 1970 um nicht weniger als 0,4 Prozent erhöht. Der

Lebenshaltungskostenindex, der noch nicht einmal im entferntesten die Preiserhöhungen erfaßt, die die Arbeiterfamilien besonders stark belasten, erhöhte sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 3,7 Prozent.

Für die DGB-Gewerkschaften ergibt sich aus den enormen Profiten und den schnell steigenden Preisen die Notwendigkeit, ihre Lohnforderungen nach oben zu korrigieren. Die Forderungen der IG Chemie-Papier-Keramik, die sich in den Tarifbezirken um 15 Prozent bewegen, sollten die Untergrenze sein.

Es ist klar, daß die Unternehmerverbände in engster Verbindung mit der Bundesregierung, denen noch der Schrecken der Septemberstreiks im Nacken sitzt, alles versuchen, um die Gewerkschaften daran zu hindern, ihre Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Schon zu Beginn des Jahres verkündeten die Unternehmerverbände, daß sie eine Steigerung der Lohnsumme von alles in allem 8,5 Prozent für das Höchstzumutbare hielten.

Vor allem die konzertierte Aktion soll dazu dienen, die Gewerkschaften an die Kandare zu nehmen. Die letzten Wochen haben vor Augen geführt, daß auch diese Bundesregierung, wie alle ihre Vorgängerinnen, völlig auf der Seite des Großkapitals steht.

Obwohl selbst im Jahreswirtschaftsbericht festgestellt wurde, daß die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von der Hochkonjunktur besonders stark profitieren, behauptete der parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Klaus Dieter Arndt, in der Sitzung der konzertierten Aktion am 17. März 1970, daß die Lohnkosten die Achillesferse der Wirtschaftslage seien. Wie schon zuvor im Fernsehen, drohte er, wenn die Tarifpartner nicht bereit seien, die Lohnkosten zu senken, werde dies gegen sie durchgesetzt werden. Arndt hatte hierbei nur die Gewerkschaften im Auge, denn die Unternehmer sind jederzeit bereit, ihre Profite auf Kosten der Löhne zu erhöhen. Es ist nicht verwunderlich, daß Arndt kein Wort über die enormen Unternehmerrgewinne verlor und die vor ein bis zwei Jahren noch so gepriesene soziale Symmetrie mit keiner Silbe erwähnte. Dagegen hat

der stellvertretende DGB-Vorsitzende Bernhard Tacke erklärt, es sei bedauerlich, daß es in Bonn Kräfte gebe, „die aus dem gegenwärtigen Dilemma scheinbar keinen anderen Ausweg mehr wissen als die Eindämmung der Massenkaufkraft. Die ‚Zeche‘ sollen mal wieder die Lohn- und Gehaltsempfänger bezahlen.“ Der DGB wies die regierungsoffizielle Äußerung Arndts zurück und stellte in einer Erklärung fest, daß die Lohnsteigerungen weder überhöht noch die Ursache für Preiserhöhungen sind, sondern daß diese vielmehr durch die überhöhten Gewinne bedingt werden.

Für die Gewerkschaftsbewegung von besonderem Interesse ist der Versuch der IG Chemie - Papier - Keramik, in neun Großbetrieben der chemischen Industrie Hessens über die betriebsnahe Tarifpolitik einen Teil der Spanne zwischen Tarifverdiensten und Effektivverdiensten einzufangen. Die IG Chemie will den Großunternehmen die Manipulationsmasse aus der Hand nehmen, die sie dadurch ansammeln konnten, daß sie sich bei Tarifverhandlungen hinter den Klein- und Mittelbetrieben versteckten und auf diese Weise Extraprofite realisierten. Mit dieser betriebsnahen Tarifpolitik will die IG Chemie die Tarifpolitik auf eine breitere demokratische Grundlage stellen. Die gewählten betrieblichen Tarifkommissionen sind beteiligt, die tarifpolitischen Forderungen auszuarbeiten und durchzusetzen.

Als großes Hemmnis für die Verwirklichung der Forderungen der IG Chemie erweist sich die Schlichtung, die zwei Ebenen — Land und Bund — durchlaufen muß. Die Schlichtung, in welcher Form auch immer, ist mit den Prinzipien einer aktiven Lohnpolitik nicht vereinbar. Sie engt die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften ein und knebelt sie mit juristischen Mitteln. Es ist außerordentlich schwierig, die Arbeiter und Angestellten über viele Wochen hinweg mobil zu halten, zumal die Unternehmer alles unternehmen, die einheitliche Front aufzuspalten. Die Schlichtungsvereinbarung sollte daher zum frühestmöglichen Zeitpunkt gekündigt werden.

Große Bedeutung kommt der Lohnbewegung im Bereich der metallverarbeitenden und der eisenschaffenden Industrie zu. Alles deutet darauf hin, daß der Vorstand der IG Metall die notwendigen Schlußfolgerungen aus den Septemberstreiks 1969 und aus der Kritik der Mitgliedschaft an der Tarifpolitik der Gewerkschaft noch nicht gezogen hat (vgl. auch NACHRICHTEN 3/1970). Das zeigt sich nicht nur in der Kritik Otto Brenners an der Braunschweiger Entschließung Nr. 15, die die Grundprinzipien einer aktiven Lohnpolitik enthält, sondern vor allem darin, daß der Vorstand, wie schon bereits im Vorjahr, wiederum mit Spitzengesprächen beginnt.

Der vorgelegte Vertrag über vermögenswirksame Leistungen entspricht

ganz der Linie, die Staatssekretär Arndt in der konzertierten Aktion entwickelte. Um wenigstens einen Teil der erwarteten Lohnerhöhungen zu neutralisieren, schlug er vor, über die angebliche Vermögensbildung einen Teil des Einkommenszuwachses stillzulegen.

Die Spitzengespräche belasten die künftige Lohnbewegung in der Metallindustrie. Es besteht sogar die Gefahr, daß nach den Plänen der Unternehmer diese Spitzengespräche im Laufe des Frühsommers in Tarifverhandlungen umgewandelt werden und bei völliger Ausschaltung der Mitgliedschaft ein neuer Lohnvertrag, eventuell in

Verbindung mit sogenannten vermögenswirksamen Leistungen, abgeschlossen wird. Dann würde sich zeigen, daß der jetzt vorgelegte Vertrag nichts „Zusätzliches“ einbringt, sondern sogar weitaus weniger, als bei voller Mobilisierung der Mitgliedschaft und bei einem Kurs auf Teuerungszulagen und Vorziehung des Tarifvertrages möglich gewesen wäre.

Die Mitglieder der IG Metall sollten diese Unternehmertaktik durchkreuzen. Auch bei dieser neuen Lohnrunde darf niemals aus dem Auge verloren werden, daß Lohnfragen, solange es Kapitalismus gibt, Machtfragen sind.
Dr. Heinz Schäfer

Preisgalopp wird schärfer

Die Instabilität des spätkapitalistischen Wirtschaftssystems in der Bundesrepublik zeigt sich in diesen Monaten auf eine besonders drastische Weise: Das Preisniveau steigt in einem solchen Ausmaß, wie das nach dem jetzt vorgelegten Jahresbericht 1969 der Deutschen Bundesbank kurzzeitig nur vor zwanzig Jahren während des Koreakrieges der Fall war. Monatliche Steigerungsraten von 1,2 (Dezember 69) und 0,4 Prozent (März 70) sind gefährliche Symptome einer schleichenden Inflation. Obgleich solche Monate von Monaten mit geringerem Anstieg abgelöst werden, ergibt sich im Jahresdurchschnitt eine enorme Verteuerung der Lebenshaltungskosten.

So war die Lebenshaltung Mitte März 1970 gegenüber März 1969 laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes für eine vierköpfige Arbeitnehmerfamilie mit „mittlerem“ Einkommen um 3,7 Prozent höher. Für einen Zweipersonenhaushalt von Renten- und Sozialhilfeempfängern wirkte sich dieselbe Verteuerung um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Die Wirtschaftsinstitute schätzen den allgemeinen Auftrieb für 1970 auf 4 Prozent.

Diese Teuerung geht ausschließlich zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und zu Gunsten der Produktionsmittelbesitzer. Während sie im allgemeinen Währungsverfall bedeutet, mindert sie konkret für die Arbeiter, Angestellten und Beamten die Kaufkraft ihrer Löhne und Gehälter, verzehrt einen Teil der Einkommenssteigerung. Für die Besitzer der Produktionsmittel, die Aktionäre und Konzerne bewirkt sie eine spürbare Steigerung der Profitspannen.

Unternehmerverbände und Regierung versuchen über den Weg der Teuerung, die Werktätigen die Zeche kapitalistischer Widersprüche und Profit sucht bezahlen zu lassen. In der Krise werden Arbeiter und Angestellte auf die StraÙe gesetzt, zu Kurzarbeit und Leistungssteigerung gezwungen, die Löhne werden gedrückt und soziale Erfolge beseitigt oder geschmälert; in der Konjunktur wird aus den abhängig Beschäftigten das Letzte herausgeholt, einmal durch abermalige Leistungssteigerung im Betrieb und zum anderen durch Preissteigerungen auf dem Binnenmarkt. Und in beiden Phasen prasselt auf die Arbeitnehmer

und ihre Gewerkschaften ein nicht enden wollendes Trommelfeuer herab, bei Lohn- und Gehaltsforderungen ja „maßvoll“ zu sein, das eine Mal, um schneller aus der Krise zu kommen, das andere Mal, um nicht die Konjunktur zu gefährden.

Hinter dieser staatlich gedeckten Taktik der Unternehmer verbirgt sich im Grunde nichts anderes als deren Klasseninteresse, den höchstmöglichen Anteil am Wirtschaftssertrag in die eigenen Scheunen zu fahren. Genau darum geht es auch bei den gegenwärtigen lohn- und preispolitischen Auseinandersetzungen. Löhne und Gehälter haben mit der Preisentwicklung nichts zu tun. Betrogen die Aufwendungen an Löhnen und Gehältern pro 1000 DM Nettoumsatz für die Unternehmen 1966 zwischen 270 und 280 DM, so lagen sie Ende 1969 nur noch bei 240 DM. Die Differenz und jeder weitere Pfennig Preissteigerung bläht die Profitspannen auf!

Das kann nicht ohne Konsequenzen für die Lohnpolitik bleiben. In dem Kampf um die Verteilung des Sozialproduktes — und genau darum geht es bei der gewerkschaftlichen Lohnpolitik — gilt es alle Kräfte einzusetzen, um das Ergebnis für die Arbeiter, Angestellten und Beamten so hoch wie möglich zu drücken. Unter Berücksichtigung der neuerlichen Preiswelle und des lohnpolitischen Nachholbedarfs aus den Jahren 1966 bis heute sind Lohn- und Gehaltsforderungen um 15 Prozent herum völlig realistisch. Ihre Durchsetzung würde nicht zwangsläufig die Preise treiben, sondern die Profitspannen der Monopole kürzen.
G. S.

IG Bergbau: Notfalls streiken

Gewerkschaftstag fordert volle Durchsetzung der 8,5 Prozent Gemeinwirtschaftliche Eigentumsform für Bergbau aktuell

Im Mittelpunkt des 6. Gewerkschaftstages der IG Bergbau und Energie, der am 10. April 1970 in Duisburg durchgeführt wurde, stand die eingeleitete Tarifbewegung, über die wir im April-Heft berichteten. Nach der endgültigen Gründung und dem Tätigwerden der Ruhrkohle AG ist das die erste Tarifrunde der Bergarbeiter.

Daß es trotz Ruhrkohlen AG die prophezeiten „goldenen siebziger Jahre“ für den Bergmann nicht geben wird, ist inzwischen unbestritten. Es geht vielmehr darum, wie es auch der Vorsitzende der IG Bergbau, Adolf Schmidt, umriß, Nachteile von den Bergleuten abzuwenden. Nach wie vor stehen, das verdeutlichte die Diskussion auf dem Gewerkschaftstag, Konzerninteressen gegen Arbeiterinteressen.

Den kapitalistischen Superkonzern an der Ruhr wertete Adolf Schmidt als einen „Kompromiß“, zu dem es „unter den gegebenen Umständen keine, wenigstens keine durchsetzbare Alternative gibt“. Natürlich gibt es diese Alternative! Selbst in der Satzung der IGBE, die ausdrücklich eine gemeinwirtschaftliche Lösung der Probleme des Bergbaus zum Ziele hat, steht sie geschrieben. In erster Linie wird es auch künftig vor allem Sache der Gewerkschaft selbst sein, diese Alternative zu verdeutlichen und anzustreben.

Adolf Schmidt erklärte in seiner Rede: „Dem Gesundungsprozeß der Ruhrkohle wäre weit besser gedient, hätte die Einheitsgesellschaft mehr übertragen bekommen, als nur die nackten Bergbaubetriebe. Nach unserer Auffassung hätten sämtliche Kraftwerke, Grundstücke, Wohnungen und Halden dazugehört. Sie wären für die Ruhrkohle AG ein Polster gewesen, das ihre Position wesentlich gestärkt hätte.“ Genau das wurde wiederholt auf Kongressen und Konferenzen der IGBE gefordert; ein skeletierter Bergbau, wie er sich heute darstellt, wurde abgelehnt. Gegen diese ausdrückliche Gewerkschaftsforderung setzten sich die Bosse von Kohle und Stahl mit Billigung und mit Hilfe der Regierung durch.

Die Stahlindustrie behielt die Polster für sich. Sie besitzt auch die Aktienmehrheit in der Ruhrkohle AG. Nach wie vor wird den Stahlkonzernen die Koks-Kohlensubvention gezahlt. Allein der Hoesch-Konzern kassierte dafür nach eigenem Bericht im letzten Rechnungsjahr 20,3 Mill. DM. Im Jahr zuvor waren es 17,2 Mill. DM.

Während der Gewinn von allen Seiten, auch von der Kohle her gemehrt wird und von einer zunehmenden Stahlkonjunktur gesprochen wird, be-

klagen die Unternehmer die Lohn- und Gehaltsforderung der IGBE. Zugleich aber erhöhen sie die Dividende „bei geübter Zurückhaltung“, um nur ein Beispiel zu nennen, bei Hoesch um 25 Prozent und mehr noch in anderen Konzernen. Es wird unumwunden eingestanden, daß größere Anhebungen infolge der guten Geschäftslage möglich seien.

Die Flucht, besonders der jüngeren Arbeitskräfte aus dem Bergbau, widerspiegelt, wie wenig anziehend die ohnehin gefährliche Bergmannsarbeit ist. Die einstige Mai-Lösung „Sams-tags gehört der Vati mir“ ist für den Bergmann längst nicht mehr wahr. Wie selten zuvor wird Überarbeit geleistet. 32 und mehr Schichten im Monat, statt der normalen 22 Arbeitstage, sind keine Seltenheit. In den letzten zehn Jahren stieg der Lohn im Ruhrbergbau um 17,20 DM je Schicht. In jedem Jahr also um ganze 1,72 DM je Schicht. Ein Vergleich mit anderen Industriezweigen macht deutlich, daß die Tarifbewegung des letzten September nicht ausreicht, um eine Angleichung zu erreichen, bzw. den Abstand zu verringern.

Die IG Bergbau drängt auf einen schnellen Abschluß dieser Tarifrunde. Das erste, am 21. April geführte Gespräch mit Vertretern des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau brachte keinerlei Ergebnis. Auf langfristige Verhandlungen will sich die IGBE nicht einlassen.

Bei der Forderung von 8,5 Prozent gibt es auch nicht viel zu handeln, wurde auf dem Gewerkschaftstag übereinstimmend festgestellt. Das um so weniger, als ein von 69 Kollegen eingebrachter Initiativantrag mindestens 10 Prozent verlangte. Die Mehrzahl der Delegierten folgte dem Vorschlag des Hauptvorstandes mit der Maßgabe, die 8,5 Prozent nicht zu unterschreiten.

Der Gewerkschaftsvorsitzende Adolf Schmidt führte in seiner Rede u.a. aus: „Für uns sind Tarifverhandlungen kein orientalischer Teppichhandel“, und „die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind gesund. Die Organisation braucht keine Auseinandersetzung zu fürchten. Wir sind gerüstet.“

Das war auch der Tenor der Diskussion: nicht von der Forderung ab-

zugehen und auch über den Weg der Urabstimmung den Lohnkampf vorzubereiten. Daß die IG Bergbau stark genug ist, ihre Forderung durchzusetzen, wurde von niemandem auf dem Gewerkschaftstag bezweifelt. Über 86 Prozent aller Arbeiter und Angestellten des Bergbaus sind in der IGBE organisiert. E.H.

Im Bergbau: Urabstimmung angesetzt

Die tarifpolitische Situation im Steinkohlenbergbau spitzt sich infolge der antisozialen Haltung der Kohleunternehmer weiter zu. Nachdem die Verhandlungen über die Lohnforderung der IG Bergbau und Energie am 30. April gescheitert sind, hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft nunmehr die Durchführung einer Urabstimmung über die Einleitung von Streikmaßnahmen für den 12. Mai 1970 beschlossen. Die Bergarbeiter wurden aufgefordert, ab sofort keine Überstunden mehr zu machen. Ab 9. Mai tritt in der Gewerkschaft im Zusammenhang mit der Streikvorbereitung eine Aufnahmesperre in Kraft. Der Streik gilt als beschlossen, wenn mindestens 75 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder dafür gestimmt haben. Im Steinkohlenbergbau ist daran nicht zu zweifeln.

12,5 Prozent Lohnerhöhung für Bekleidungsarbeiter

Nach zahlreichen Protestaktionen, darunter Warnstreiks, in der Bekleidungsindustrie haben die zuständigen Unternehmensverbände einer Lohn- und Gehaltserhöhung für die 380 000 Beschäftigten der Bekleidungsindustrie in Höhe von 40 bis 50 Pfennig pro Stunde zugestimmt. Diese Erhöhung um durchschnittlich 12,5 Prozent wurde im Tarifgebiet Nordrhein rückwirkend ab 1. April und in den Tarifgebieten Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hamburg und Schleswig-Holstein ab 1. Mai wirksam. Außerdem konnte die Gewerkschaft in einigen Tarifbereichen die Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes vereinbaren. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 12 Monate.

Die Unternehmer weigerten sich jedoch mit Erfolg gegen weitere Forderungen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, wie z. B. die Nichtanrechnung des Sonntags auf den Urlaub, Zahlung eines 13. Monateinkommens, vorzeitiges Inkrafttreten der Tarifverträge, Fortfall der festen Laufzeit des Tarifvertrags und Bereinigung des Lohnruppensystems. Es wurde eine paritätische Kommission gebildet, die sich mit Fragen der Lohnstruktur befassen soll.

Betriebsnahe Tarifpolitik

In Hessen Zuspitzung der Chemie-Lohnrunde Gewerkschaft will betriebsnahes Konzept durchsetzen

Ein Schwerpunkt der tarifpolitischen Auseinandersetzungen mit dem Großkapital liegt gegenwärtig im Bereich der chemischen Industrie. In allen Tarifbezirken hat die IG Chemie - Papier - Keramik die Tarife fristgemäß gekündigt. Die Forderungen belaufen sich im Durchschnitt auf rund 15 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung. Hinzu kommen eine Heraussetzung der Lehrlingsvergütung und die Zahlung der Hälfte der Krankenversicherungsbeiträge für nicht mehr versicherungspflichtige Angestellte.

In Hessen geht es außerdem darum, in neun chemischen Großunternehmen — darunter solche bekannten Betriebe wie Farbwerke Höchst-AG, Merk Darmstadt und Degussa Werk II Frankfurt — erstmals mit Hilfe einer betriebsnahen Tarifpolitik die Effektivverdienste weitgehend tariflich abzusichern. Im Durchschnitt beträgt in Hessen die Differenz zwischen den Tarif- und Effektivverdiensten 30 Prozent, in einigen Betrieben sogar mehr als 40 Prozent.

Während bei Redaktionsschluß in den übrigen Tarifgebieten die Verhandlungen noch andauerten und die Chemie-Unternehmer sich weigern, die berechtigten Forderungen zu akzeptieren, hat die IG Chemie im Bezirk Hessen bereits am 10. April die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Das gilt sowohl für die regionalen Verhandlungen als auch für die neun Firmentarifverträge. Die Unternehmer haben sich generell geweigert, die Verhandlungen mit den von den jeweiligen Vertrauensleutkörpern gewählten betrieblichen Tarifkommissionen aufzunehmen.

Bis zum 7. Mai läuft jetzt ein Schlichtungsverfahren, gegliedert nach Landes- und Bundesschlichtung. Am 27. April erklärte die Gewerkschaft die Landesschlichtung in acht der neun Betriebe für gescheitert. Erst nach dem 7. Mai unterliegt die Gewerkschaft nicht mehr der Friedenspflicht und kann dann notfalls ihre berechtigten Forderungen durch Kampfmaßnahmen durchsetzen. Hierbei zeigt sich, daß die schon vor Jahren mit den Unternehmern abgeschlossene Schlichtungsvereinbarung nachteilig für die Interessen der Arbeiter und Angestellten wirkt, weil diese Vereinbarung den Unternehmern die Möglichkeit gibt, während der Zeit der Schlichtung die Arbeiter massiv zu beeinflussen und auch die öffentliche Meinung gegen die Forderungen zu manipulieren. So hat beispielsweise während der Schlichtung der Degussa-Konzern in einem Flugblatt damit gedroht, daß im Falle eines betriebsnahen Tarifvertrages die durch Betriebsvereinbarungen ausgehandelte Weihnachtsgratifikation wegfällt.

Nach einer Erklärung des Bezirksleiters der IG Chemie Hessen, Franz

Fabian, hat sich seine Gewerkschaft bei den betriebsnahen Tarifverträgen von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen:

„1. um der günstigen Situation der Unternehmen in der chemischen Industrie Rechnung zu tragen. Das bisherige ‚Geleitzugsystem‘ bei Tarifverhandlungen hat die wirtschaftlich florierenden Unternehmen begünstigt, weil man sich immer am schwächsten Glied orientieren konnte. Das gab den Großunternehmen, die besser hätten zahlen können, die Möglichkeit, eine große Manipulationsmasse an Lohn- und Gehalt anzusammeln, die sie nur zum Teil in Form von freiwilligen Zulagen, die jederzeit einseitig kündbar sind, weitergeben mußten.

2. um ein Stück größerer sozialer Sicherheit zu verwirklichen durch die rechtliche Absicherung der Effektivverdienste. Nicht zuletzt aus den Erfahrungen der Rezession 1966/67, aus der noch viele Beispiele für einseitige Lohn- und Gehaltskürzungen bekannt sind, wird diese Forderung aufgestellt.

3. um die gewerkschaftliche Tarifpolitik auf eine breitere demokratische Grundlage zu stellen. Die gewählten betrieblichen Tarifkommissionen sind an der Ausarbeitung und Durchsetzung der tarifpolitischen Forderungen beteiligt.“

Dem von den großen Chemiekonzernen beherrschten „Arbeitsring der chemischen Industrie“ sind diese Forderungen ein Dorn im Auge. Sie möchten, wie der Vorsitzende Otto Esser, zugleich Vizepräsident der BDA und Generalbevollmächtigter der Glanzstoff-AG, erklärte, „die konstruktive Zusammenarbeit der Tarifpartner auf Verbandsebene“ — bei gleichzeitigen individuellen betrieblichen Zusatzregelungen, „die im engen Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat gestaltet werden“ sollen (Volkswirt Nr. 16/70). Das unausgesprochene Ziel sehen die Chemiebarone darin, die Gewerkschaften aus dem Betrieb zu verdrängen und mit übertariflichen Zulagen die Arbeiter und Angestellten gegeneinander auszuspielen. Im Grunde fürchten sie, daß

mit diesen tarifvertraglichen Zusatzvereinbarungen der schon seit Jahren andauernden Profitexplosion ein Riegel vorgeschoben werden könnte.

Das Unternehmerargument, die betriebsnahe Tarifpolitik würde gegen die Koalitionsfreiheit nach Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes verstoßen, entbehrt jeglicher Grundlage. Laut Tarifvertragsgesetz Paragraph 2 ist die Gewerkschaft berechtigt, mit den einzelnen Arbeitgebern oder mit dem Arbeitgeberverband Tarifverträge abzuschließen. Außerdem hat die IG Chemie mehrfach ihre Bereitschaft erklärt, über Firmentarifverträge auch mit dem Arbeitgeberverband selbst zu verhandeln, wenn er dazu von den Firmen bevollmächtigt wird.

Die IG Chemie in Hessen ist entschlossen, auch gegen den unsozialen Widerstand der Unternehmer an ihren Forderungen festzuhalten. Wenn die Schlichtung zu keinem Ergebnis führt, bleibt den Arbeitern und Angestellten kein anderer Weg, als gewerkschaftliche Kampfmittel einzusetzen. Alle Gewerkschaften sollten der IG Chemie - Papier - Keramik solidarisch zur Seite stehen; denn was andere Gewerkschaften, vor allem die IG Metall, bisher nur theoretisch erörtert haben, soll jetzt in Form der betriebsnahen Tarifpolitik erstmals verwirklicht werden. Zugleich wird es notwendig sein, die geforderten 15 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhungen durchzusetzen und damit auch für die großen Tarifbewegungen im Herbst 1970 ein Beispiel zu geben.

W. Petschick

Bundesfrauentagung der Gewerkschaft Leder

In Heidelberg veranstaltete die DGB-Gewerkschaft Leder Mitte April ihre Bundesfrauentagung. Die 66 Delegierten verabschiedeten vier Entschlüsse zu folgenden Themen: Aktive Mitarbeit bei der Verwirklichung des DGB-Frauenprogramms; Beseitigung des Notstandes bei Kindertagesstätten; Durchsetzung von Rationalisierungsschutzverträgen und Schutz älterer Arbeitnehmer; Einführung einer Freizeit-Unfallversicherung.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Leder, Adolf Mirkes, sprach die Erwartung aus, daß die Bonner Ostpolitik zu „guten nachbarschaftlichen Beziehungen mit den Ländern im Osten und auch der DDR“ führen möge. Eine andere Alternative gebe es nicht. Die stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Annelies Hoppe, nannte in ihrem Referat den Ausbau des Bildungswesens eine vordringliche Aufgabe. Es müsse sich die Erkenntnis durchsetzen, daß Ausgaben für das Bildungswesen Investitionen seien.

Alle reden von „Vermögen“

„Vermögensbildung“ zur Zeit Thema Nummer eins
Sämtliche Pläne sind dafür jedoch untauglich

72 Prozent der im Auftrag des DGB vom Institut für angewandte Sozialwissenschaft nach dem Verständnis der Arbeiter und Angestellten für die sozialen und gesellschaftlichen Forderungen der Gewerkschaften Befragten waren überzeugt, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger in der Bundesrepublik den geringsten Anteil am wachsenden Wohlstand haben und in der Hauptsache die Unternehmer und Aktionäre profitieren.

Statistisch sieht das so aus: 1,7 Prozent der Bevölkerung sind die Eigentümer von über 70 Prozent des Produktionskapitals; die 84 Prozent Lohn- und Gehaltsempfänger besitzen nur ihre Arbeitskraft. Die Empörung in der Arbeiterschaft, die sich um den Lohn ihrer Arbeit und Leistung betrogen fühlt, wächst. Die Werktätigen fragen, wenn sie ihre Lohntüten in der Hand halten, mit Tucholsky: Das ist der Pfennig — aber wo ist die Mark? In der von der DKP herausgegebenen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ stand die Antwort: „Der Durchschnittswert einer Arbeitsstunde in der Industrie betrug im Jahre 1969 20,37 DM, der Bruttoverdienst dagegen nur 5,29 DM! Die Differenz stecken die Unternehmer in die Tasche. Die Quelle der ungerechten Vermögensaneignung ist also das Privateigentum an Produktionsmitteln.“

Die sogenannte „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ ist in der Bundesrepublik zur Zeit Thema Nummer eins. Die Bundesregierung hat dem Bundestag inzwischen ihren Beitrag zu dem Thema in Gestalt ihres Gesetzentwurfes zur Verdoppelung des begünstigten Sparbetrages nach dem 312-DM-Gesetz auf 624 DM vorgelegt und alle Parteien legten Bekenntnisse zur „breiten Vermögensstreuung“ ab.

Der CDU, die 20 Jahre lang als Regierungspartei eine Politik zu verantworten hatte, die die Reichen immer reicher und die Arbeiter und Angestellten von der Hand in den Mund leben ließ, ging der Regierungsentwurf nicht weit genug. Sie legte einen Entwurf vor, nach dem die Unternehmer jedem Beschäftigten im Monat einen „Beteiligungslohn“ in Höhe von 20 Mark als vermögenswirksame Leistung zu zahlen haben.

Drei Wochen vor ihrem Parteitag in Saarbrücken hat nun auch der Parteivorstand der SPD einen Vermögensbildungsplan beschlossen, über den die Delegierten entscheiden sollen. In diesem Papier stellt der Parteivorstand fest, daß eine gerechtere Vermögensverteilung und eine Beteiligung breiter Schichten am Produktivvermögen nur durch eine Kombi-

nation verschiedener Maßnahmen zu erreichen sei. Dazu wird gefordert, daß die Bundesregierung eine Zielprojektion erarbeite und notwendige Förderungsmittel im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung zu diesem Zweck bereitstellen soll. Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen sollen gefördert und das sogenannte 312-DM-Gesetz zu Gunsten kleinerer und mittlerer Einkommen weiter verbessert werden.

Darüber hinaus sieht der SPD-Plan vor, die Unternehmer gesetzlich zu einer Vermögensbildungsabgabe an die Beschäftigten zu verpflichten. Diese aus dem Jahresgewinn abgeschöpften finanziellen Leistungen werden in einem öffentlich verwalteten Fonds in Form von Anteilscheinen eingebracht.

Aus diesem Fonds sollen die Arbeitnehmer Zertifikate erhalten. — Die Unternehmer braucht das nicht sehr zu schmerzen, denn einmal brauchen sie ihre „Gewinnabgabe“ nicht bar einzuzahlen, und zum anderen stehen ihnen die Mittel der Fonds zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung. Das angestrebte Ziel des Vermögensbildungsplanes der SPD ist, den Lohn- und Gehaltsempfängern innerhalb von 10 Jahren die Bildung eines Vermögens in der Höhe des durchschnittlichen Jahresarbeitsinkommens zu ermöglichen.

Der Plan des SPD-Parteivorstandes entspricht im wesentlichen dem auch von den Gewerkschaften befürworteten „Gleitze-Plan“, der schon dem letzten SPD-Parteitag vorlag, mit Stimmenmehrheit beschlossen, aber dann auf Betreiben Willy Brandts und Karl Schillers — beide damals Minister der Großen Koalition — mit Hilfe einer Wahlmanipulation wieder zu Fall gebracht wurde. Man fragt sich auch, warum dieser Antrag an den Parteitag gestellt und nicht vernünftigerweise als Gesetzentwurf der sozialdemokratisch geführten Regierung ohne Umwege vor den Bundestag gebracht wird.

Alle bisher bekannten Vermögensbildungspläne bieten keine Möglichkeit, den Arbeitnehmer am Produktivvermögen zu beteiligen und ihn aus dem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber

dem Unternehmer zu befreien. Weder eine breite Streuung von Anteilscheinen noch von sogenannten Volksaktien ändert irgendetwas an der Macht der Unternehmer oder an den autoritären Herrschaftsverhältnissen in den Betrieben. Sie sind lediglich ein Mittel, die Arbeiter zu beschwichtigen, indem sie die Illusion wecken, man könnte anders als über eine Mitbestimmung im Betrieb und in der Gesamtwirtschaft die absolute Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Produktionsmittel aufheben.

Diese Erkenntnis voraussetzend, will die IG Metall mit den Unternehmern einen Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen abschließen. In einem Artikel der Gewerkschaftszeitung der IG Metall schreibt Otto Brenner, die IG Metall habe nicht die Illusion, mit diesem Tarifvertrag das Ziel einer gerechteren Vermögensverteilung erreichen zu können. Einmal seien die Beträge, um die es sich hier handelt, zu gering und zum anderen seien dazu weitgehende steuer- und finanzpolitische Maßnahmen notwendig. Die IG Metall spricht darum in diesem Zusammenhang, wie an einer anderen Stelle betont wird, nicht von Vermögensbildung, sondern von „Sparförderung“.

Materiell wird in dem Vertragsentwurf gefordert, daß die Unternehmer jedem Beschäftigten im Kalenderjahr 312 DM zuzüglich entsprechender Kindergeldzuschläge zu den Löhnen und Gehältern als vermögenswirksame Leistungen zahlen. Die IG Metall besteht darauf, für diese Sonderleistungen einen speziellen Tarifvertrag, unabhängig von Mantel- oder Lohn- bzw. Gehaltstarifverträgen, abzuschließen.

Hier scheint auch die IG Metall einer Illusion zu unterliegen, der Illusion nämlich, die sogenannten vermögenswirksamen Leistungen würden vom Unternehmer zusätzlich aus seinem Gewinn bezahlt. Tatsächlich aber wird der Unternehmer diesen Betrag auf die Löhne anrechnen, oder auf den Preis abwälzen, und damit vom Verbraucher bezahlen lassen, wie er das mit allen Kosten zu tun pflegt.

Ganz gleich, ob die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie das Geld auf ein langfristiges Sparkonto einzahlen lassen oder ob sie es in die Lohntüte bekommen, der Unternehmer wird seinen Profit nicht schmälern lassen. Die in dem Artikel Otto Brenners ausgesprochene Erwartung, daß die „Vertreter von Gesamtmetall mehr Einsicht in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge“ zeigen würden, wird trügerisch bleiben. Es fragt sich, ob nicht eine aktive und expansive Lohnpolitik ein wirksameres Mittel ist, die Sparwünsche der Arbeitnehmer zu fördern, um sie selbst entscheiden zu lassen, wieviel und für welchen Zeitraum sie sparen möchten. H. S.

Was wird mit Altvermögen?

Gefahr der Verwirrung durch Vermögensbildungskonzepte Kein Ersatz für Überführungen in Gemeineigentum

In der Diskussion über die sogenannte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, die in NACHRICHTEN Nr. 1/70 mit dem Beitrag von Willi Gerns „Für echte Vermögensbildung“ eröffnet wurde, scheint Einmütigkeit darüber zu bestehen, daß alles, was in der Bundesrepublik schlechthin als Vermögensbildung deklariert wird, nur Maßnahmen zur Sparförderung sind. Trotzdem unterstützen Marxisten die gewerkschaftlichen Forderungen nach zusätzlichen Leistungen zur Sparförderung.

In der Praxis, solange die wirtschaftliche und politische Macht des Monopolkapitals in der Bundesrepublik uneingeschränkt besteht, ist dieses „zusätzlich“ in jedem Fall mit Anführungszeichen zu versehen. Das Monopolkapital wird auf diese oder jene Weise, durch Anrechnung auf die Lohnquote oder über die Preise oder durch Kombination beider Methoden, diese Leistung zur Sparförderung wieder abwälzen.

Ungeachtet dessen hat die Forderung nach Leistungen zur Sparförderung wegen des unmittelbar materiellen

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

Vorteils, den sich die Arbeiter und Angestellten davon versprechen, eine bestimmte mobilisierende Wirkung. Dabei geht es den meisten Arbeitern und Angestellten weniger um Vermögensbildung als um die Erleichterung bei der Finanzierung hochwertiger Konsumgüter, wie Wohnungseinrichtungen, Kraftwagen oder auch Eigentumswohnungen bzw. Eigenheime.

Willi Gerns und Dr. Werner Petschick haben nun eine Konzeption entwickelt, nach der dem Monopolkapital ein Teil der Gewinne zu Gunsten eines gesellschaftlich verwalteten Fonds der Arbeitnehmer entweder durch Abzug vom Gesamtprofit oder von den Neuinvestitionen entzogen werden soll.

Dieser Vorschlag bleibt insoweit hinter den Vorstellungen der Gewerkschaften zurück, als er das in den Händen des Monopolkapitals konzen-

trierte Vermögen, das bis jetzt aus der Leistung der Arbeitnehmer angesammelt wurde, unangetastet läßt und nur das Vermögen betrifft, das neu gebildet wird. Willi Gerns hat, das sei dazu erwähnt, ausdrücklich betont, daß die von ihm entwickelte Konzeption zur Vermögensbildung kein Ersatz für die gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung und Überführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien in öffentliches Eigentum ist.

Im Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird festgestellt: „Der Anspruch der Arbeitnehmer auf eine Beteiligung an dem bereits gebildeten Vermögen bleibt aufrechterhalten.“ Bis jetzt fehlt es jedoch an konkreten Vorstellungen und Forderungen, wie dieser Anspruch realisiert werden kann und soll. Allerdings würde bei einer Verwirklichung der von Willi Gerns und Dr. Petschick entwickelten Vorstellungen das bestehende Vermögen insoweit berührt, als das vorhandene produktive Vermögen in den Produktionsprozeß eingeht, in ihm produktiv verzehrt und auf die neuen Produkte übertragen wird.

Die Hauptfrage aber scheint folgende zu sein: Welchen Wert hat diese Alternative für den realen Klassenkampf in der Bundesrepublik? Wenn sie nicht nur Theorie bleiben soll, dann muß auch nach ihrem Mobilisierungseffekt gefragt werden. Dabei darf man sicher nicht nur ihre kurzfristige Wirkung sehen. Die Arbeiterklasse braucht ebenso dringend auch langfristig wirkende Konzeptionen.

Doch habe ich Zweifel daran, ob die von Willi Gerns und Dr. Petschick entwickelte Konzeption zur Vermögensbildung geeignet ist, die Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital in größerem Maße zu mobilisieren, als die Forderung nach wirksamer Mitbestimmung und Überführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien in gesellschaftliches Eigentum.

Ist aber bei dem augenblicklichen Bewußtsein nicht zu befürchten, daß durch neue Vorstellungen und Zielsetzungen mehr Verwirrung gestiftet wird, als sie zur notwendigen Entwicklung des Klassenbewußtseins bei-

zutragen vermögen? Wäre es daher nicht richtiger, allen Illusionen entgegenzutreten, als könnte man über irgendeine Form der sogenannten Vermögensbildung die Stellung des arbeitenden Menschen im monopolkapitalistischen System auch nur im geringsten verändern? Notwendiger ist es jedoch, den Arbeitern und Angestellten klar zu machen, daß nur die Ausweitung der Mitbestimmung und die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und der marktbeherrschenden Unternehmen geeignet sind, eine — wie es im DGB-Grundsatzprogramm gefordert wird — „Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten“.

Arthur Böppele

Noch ein Plan zur Vermögensbildung . . .

Zur Vervollständigung der Galerie „schöner Vermögensbildungspläne“ hat sich nun auch die FDP aufgeschwungen, einen Entwurf beizusteuern, der zunächst allerdings parteiintern diskutiert wird. Das von der FDP entwickelte „Programm einer liberalen Vermögenspolitik“ geht davon aus, daß es nicht Klassengegensätze beseitigen will, sondern die Aufgabe hat, die „bestehenden Konflikte zu organisieren und zielgerichtet zu gestalten“. Das hört sich nicht nur klug an, es bietet auch jedem Gelegenheit, sich darunter vorzustellen, was er möchte.

Praktisch wird in der Studie vorgeschlagen, mit Altersversorgung, staatlicher Sparförderung und der Einrichtung von Vermögensverwaltungsgesellschaften Voraussetzungen für eine Vermögenspolitik zu schaffen. Weiter enthält die Studie den auch von den Unternehmern hartnäckig geforderten Vorschlag, die Gewerkschaften zum Abschluß von Tarifverträgen über Investivlohn zu ermuntern und endlich in den Betrieben eine betriebliche Erfolgsbeteiligung einzuführen.

Kritisch wird in der Studie festgestellt, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in der Bundesrepublik betrieben wird, die Sparfähigkeit und Sparwilligkeit mindere. Wer nun aber denkt, daß die FDP damit die unzureichenden Löhne und Gehälter gemeint hat, der irrt sich. Es heißt vielmehr in dem Vermögensbildungsprogramm der FDP: „Die Vollbeschäftigungspolitik, die den Erwerbstätigen die Existenzsorgen weitgehend nimmt und die Sozialpolitik mit der kollektiv organisierten Altersicherung nehmen den Individuen wichtige traditionelle Sparomotive.“

Aufhebung der Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit als Mittel zur Sparförderung — das ist wirklich ein ganz origineller Gedanke!

Beamtenstreik IGM-Bezirkskonferenzen

Mit der Forderung nach dem Streikrecht für Beamte hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV erneut ein Problem zur Diskussion gestellt, das schon seit Beginn der Gewerkschaftsbewegung umstritten ist. Wenn sich die ÖTV jetzt um eine Entscheidung für das Streikrecht bemüht, geht sie davon aus, daß die Lebensverhältnisse aller Beschäftigtengruppen des öffentlichen Dienstes nur entscheidend verbessert werden können, wenn ihnen das volle Koalitionsrecht eingeräumt wird.

Volles Koalitionsrecht schließt das Streikrecht ein. Während dies bei den Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes unbestritten ist, blieb den Beamten dieses Recht bisher versagt. Der Hauptvorstand der ÖTV hat nun in einem Rechtsgutachten die Frage untersuchen lassen, ob das Streikverbot für Beamte rechtlich begründet ist oder dem im Grundgesetz für alle postulierten Koalitionsrecht widerspricht.

Das nun vorliegende Gutachten bestätigt, daß das volle Koalitionsrecht sowohl den Arbeitern und Angestellten als auch den Beamten im öffentlichen Dienst uneingeschränkt zusteht, und zwar einschließlich des Streikrechtes. Dieses Ergebnis entspricht durchaus der von der Gewerkschaft ÖTV vertretenen Rechtsauffassung.

Die von dem Gutachten unterstützte Rechtsauffassung der ÖTV steht, wie nicht anders zu erwarten, im Gegensatz zu dem von den „öffentlichen Arbeitgebern“ eingenommenen Standpunkt zum Streikrecht der Beamten. Der sozialdemokratische Innenminister von Baden-Württemberg, Walter Krause, hat vor kurzem noch im Landtag erklärt, die Landesregierung halte an der gegenwärtigen „Rechtslage“ fest, nach der ein Streik der Beamten nicht zulässig sei.

Sicher ist, daß im Zusammenhang mit dieser gewerkschaftlichen Forderung ein einheitliches Dienstrecht für alle Beschäftigten erfolgen und die Unterteilung in Arbeiter, Angestellte und Beamte überwunden werden muß. Erst die Aufhebung dieser willkürlichen Trennung zwischen den Beschäftigtengruppen macht ein geschlossenes Auftreten möglich. Natürlich stellt die Gleichstellung der Beamten mit den Arbeitern und Angestellten den überholten Begriff des Berufsbeamtentums in Frage. Damit gleichzeitig aber auch eine längst überalterte „Treuepflicht“, die, soweit das Arbeitsbedingungen und Besoldung der unteren und mittleren Beamten betrifft, höchst einseitig war.

— sr —

Lohn- und Vermögenspolitik im Vordergrund Bezirk Frankfurt legt Plan für kollektives Eigentum vor

Die diesjährigen Bezirkskonferenzen der Industriegewerkschaft Metall haben zu einer spürbaren Aktivierung großer Teile der Organisation geführt. Tarifpolitische, wirtschaftliche, soziale und allgemeine politische Fragen wurden diskutiert, um die Politik der IG Metall zu formulieren. Auf der Konferenz des Bezirks München in Starnberg übte der zweite Vorsitzende der Gewerkschaft, Eugen Loderer, scharfe Kritik an der nationalistischen Politik der CSU und ihres Vorsitzenden Strauß. Manchmal sehe es so aus, sagte Loderer, als seien die Grenzen zwischen den führenden Kräften der CSU und der NPD fließend.

Ein zentrales Thema der Bezirkskonferenzen bildete die Lohn- und Tarifpolitik der IG Metall. Dabei stand oft die Wirtschaftspolitik, insbesondere die Preisentwicklung und die konzentrierte Aktion, im Mittelpunkt der Kritik. In Starnberg forderte Loderer vom Wirtschaftsminister Schiller einen energischen Vorstoß zur Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand. In Bünde, auf der Konferenz des Bezirks Münster, forderte das Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, Fritz Biggeleben, Regierung und Parlament zu entschiedenen Maßnahmen gegen den Preisauftrieb auf. Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung müßten gesichert, der Steuerfreibetrag für Arbeitnehmer verdoppelt und das Rentenalter von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt werden.

Als wichtiges tarifpolitisches Ziel forderten die Delegierten des Bezirks Hagen in Hilden die weitgehende Absicherung der Effektivverdienste durch entsprechend hohe Tariflohnsteigerung. Ferner soll das 13. Monatslohnverdienstverankerung und die Frage des Bildungsurlaubs baldmöglichst geregelt werden.

Kritisch setzte sich Fritz Biggeleben in Bünde mit der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik auseinander. Die Arbeitnehmer mit ihren Angehörigen, die 80 Prozent der Bevölkerung ausmachten, seien weitgehend von den Produktionsmitteln ausgeschlossen. Nach dem Gutachten von Prof. Krelle, sagte Biggeleben, verfügen nur 1,7 Prozent der privaten Haushalte über 70 Prozent des Produktionsvermögens. Es genüge aber nicht, sich nur darüber zu empören, sondern es komme darauf an, die Entscheidungs- und Verfügungsgewalt in der Gesellschaft so zu ändern, daß diese Ungerechtigkeiten nicht mehr möglich sind.

Die 20. ordentliche Bezirkskonferenz der IG Metall Frankfurt für die Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Saar beschäftigte sich am 21. und 22. April in Bad Kreuznach u. a. mit den bevorstehenden Tarifeinsetzungen in der Metallindustrie und entwickelte neue Vorstellungen zur

Vermögenspolitik. Die 200 Delegierten, die 286 300 Mitglieder vertraten, forderten für den Herbst eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik, die unter Einbeziehung der Mitglieder auf regionaler Ebene geführt werden soll.

Bezirksleiter Hans Pleitgen versicherte auf die Frage unseres Korrespondenten, daß eine Forderung gestellt werde, die der Höhe der Gewinne entspreche. Tarifpolitisch werde das Jahr 1970 zweifellos im Zeichen der Lohn- und Gehaltsforderungen stehen. Man müsse mit harten Auseinandersetzungen rechnen. Mit Befremden stellte Pleitgen fest, daß Horst Knapp als Sprecher des metallindustriellen Unternehmerverbandes durch entsprechende Interviews bereits heute die Lohnentwicklung zu beeinflussen suche. Wörtlich sagte Pleitgen: „Es ist eine Unverfrorenheit, Arbeitnehmern eine Lohn- und Gehaltserhöhung zuzumuten, die unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Preiserhöhungen bei ca. 2 Prozent liegt. Wer die Arbeitnehmer in dieser provozierenden Art und Weise herausfordert, wer auf diese Art Wind sät, braucht sich nicht zu wundern, wenn er Sturm erntet.“

Kritik übten die Delegierten an der konzentrierten Aktion. In einer fast einmütig angenommenen Entscheidung heißt es: „Die konzentrierte Aktion bleibt ein untaugliches Instrument, solange sie nur den Unternehmern Vorteile bringt und die Arbeitnehmer zum Stillhalten verpflichtet. Ändert sich dieser Zustand nicht, dann müßten wir unsere Mitarbeit in der konzentrierten Aktion einstellen.“ Nach den Attacken der Unternehmer und des Staatssekretärs Arndt gegen die Gewerkschaften in der letzten Sitzung der konzentrierten Aktion müßte es nun soweit sein, die in der Entscheidung geforderte Konsequenz zu ziehen.

Neue Akzente setzte die Bezirkskonferenz in der sogenannten Vermögensbildungspolitik der Gewerkschaften. Neben der Forderung nach Erstellung einer detaillierten wissenschaftlichen Vermögens- und Einkommensstatistik und der Kritik an den bisherigen Gesetzen, die „kein Instrument der Vermögensbildung sind, sondern lediglich der individuellen Spärförderung“

dienten, wurde ein „gewerkschaftlich orientiertes Konzept zur Vermögenspolitik und -verteilung gefordert, das nicht von persönlichen und betrieblichen, sondern von kollektiven und überbetrieblichen Lösungen“ ausgeht. In einer Entschließung dazu heißt es, nur so könne von seiten der Arbeitnehmer der Politik des Kapitals entgegengetreten und Kontrolle ausgeübt werden. Die Entschließung fordert dafür folgende Prinzipien:

„a) Für die Bundesrepublik Deutschland ist ein Zentralfonds zu errichten. Er untergliedert sich in Regionalfonds.

b) Alle privaten Betriebe und Unternehmen von einer noch festzulegenden Größe an werden durch Gesetz verpflichtet, mindestens 50 Prozent der in der Steuerbilanz ausgewiesenen jährlichen Bruttogewinne an die Fonds zu übertragen. Die Betriebe und Unternehmen sollten dabei Wahlmöglichkeiten haben:

- Barübertragung,
- Beteiligung der Fonds am Eigenkapital,
- Kreditbelastung seitens der Fonds.

c) Die Mittel der Fonds sollten vorrangig für Infrastrukturinvestitionen (Bildungswesen, Gesundheit und Erholung, Verkehr, Energieversorgung usw.) verwendet werden. Der Rest soll der Privatwirtschaft für Investitionszwecke zur Verfügung stehen.

d) Der Fonds wird prinzipiell und allein von Vertretern der Arbeitnehmer verwaltet. Das gesamte Kapital ist Kollektivkapital.“

Sicher werden diese Forderungen die gegenwärtig geführte Diskussion über eine wirksame gewerkschaftliche Vermögensbildungspolitik bereichern. Positiv ist zu werten, daß damit erstmals von gewerkschaftlicher Seite auf die Forderung nach Ausgabe von Anteilscheinen an die Arbeiter und Angestellten verzichtet wurde, weil sie nur Illusionen über den Charakter des Mitbesitzes von Produktionsmitteln nähren würden. Allerdings sollte die vom Bezirk Frankfurt entwickelte Konzeption stets im engen Zusammenhang und als flankierende Maßnahme für den Kampf um Mitbestimmung und Überführung der Schlüsselindustrien in öffentlich kontrolliertes Gemeineigentum gesehen werden.

Auf der Bezirkskonferenz des Bezirks Hamburg, die am 18. und 19. April in Nordenham stattfand, erklärte Bezirksleiter Scholz auf eine entsprechende Frage von NACHRICHTEN, die zwischen IG Metall und Gesamtmetall geführten Verhandlungen über vermögenswirksame Leistungen dürfen auf keinen Fall über den Monat Mai hinaus verfolgt werden. Wenn die Unternehmer ihre Verzögerungslaktik fortsetzen, sei es besser, den Vermögensbildungsplan einstweilen fallenzulassen und sich voll auf die

bevorstehende Lohn- und Gehaltsbewegung zu konzentrieren. Diese müsse im übrigen sehr frühzeitig anlaufen.

Olaf Radke vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall beschäufte sich in seinem Referat ausführlich mit der Einführung und Ausdehnung der Mitbestimmung im Betrieb. Zu diesem Zweck sei das Betriebsverfassungsgesetz unverzüglich und entscheidend zu verbessern. Mit dem jetzt geltenden Betriebsverfassungsgesetz sei versucht worden, die Ideologie der Sozialpartnerschaft durchzusetzen, die den Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern leugne und eine „vorgegebene Übereinstimmung der Interessen“ unterstelle.

Radke sagte, die Arbeitnehmer müßten das Recht haben, bei Stilllegungen oder Erweiterungen des Betriebes bzw. Betriebsteilen, bei Veränderungen des Betriebszwecks und der Arbeits- und Betriebsorganisation voll mitbestimmen zu können. Die Existenz des Wirtschaftsausschusses sei ohne Logik. Die Betriebsräte müßten über die wirtschaftlichen Angelegenheiten voll informiert werden. Eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes schließe die Forderung der Gewerkschaften auf Einführung der paritätischen Mitbestimmung in den Großunternehmen nach dem Modell des Montanmitbestimmungsgesetzes nicht aus. Diese Forderung bleibe weiter bestehen.

In diesem Zusammenhang fällt auf, daß die Forderung nach Einführung

der paritätischen Mitbestimmung in der Forderungspalette der IG Metall zugunsten der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes weit in den Hintergrund getreten ist. Das wurde auf den meisten Bezirkskonferenzen sichtbar. Diese Anpassung an das regierungsoffizielle Konzept liegt aber nicht im Sinne der Arbeitnehmerinteressen und der Aussagen des Grundsatz- und Aktionsprogramms des DGB. Die Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung und der Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes muß gleichrangig betrieben werden. In einer Entschließung verlangte die Bezirkskonferenz in Nordenham von Bundesregierung und Bundestag die Verwirklichung beider Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften.

In einer weiteren Entschließung sprachen die Delegierten die Erwartung aus, daß das Kasseler Treffen zwischen Bundeskanzler Brandt und dem Vorsitzenden des DDR-Ministerrats Stoph „zu normalisierenden Vereinbarungen“ führt. Die Metall-Gewerkschafter des nördlichsten Bezirks, der Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und das nordwestliche Niedersachsen umfaßt, dokumentieren damit — wie viele andere Gewerkschafter in diesen Wochen —, daß sie die Einnahme eines realistischen Standpunktes gegenüber der DDR erwarten. Ein gutes und friedliches Verhältnis zum Nachbarn DDR ist schließlich eine der wesentlichen Voraussetzungen erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit für Frieden und sozialen Fortschritt.

WP/GS

Tarifpolitisches Programm für die Glasindustrie

Auf der 7. Bundeskonferenz der Industriebranche Glas in der IG Chemie-Papier-Keramik haben die Delegierten aus den Betrieben der Flachglas- und Hohlglaserzeugung sowie der Glasverarbeitung und -veredelung am 21. April 1970 in Aachen ein tarifpolitisches Programm für die Jahre 1970 bis 1972 beschlossen. Darin wird an erster Stelle eine „aktive, branchenbezogene Lohn- und Gehaltspolitik“ zur Sicherung und Verbesserung der Einkommen der Arbeiter und Angestellten gefordert. Das Programm enthält eine Reihe konkreter Forderungen, so z. B.: fristgerechte Kündigung aller Lohn- und Gehaltstarifverträge in diesem Jahr; Abschluß von Tarifverträgen über die Zahlung von Weihnachtsgeld mit dem Ziel der Vereinbarung eines 13. Monateinkommens; Kündigung aller Tarifverträge über Urlaub und Urlaubsgeld und Vereinbarung einer Nichtanrechnung der arbeitsfreien Tage auf den Urlaub; Gewährung des Höchsturlaubs von 24 Arbeitstagen ab 35. Lebensjahr.

In einem weiteren Abschnitt des tarifpolitischen Programms der Glasarbeiter wird der Abschluß von Rationalisierungsschutzverträgen gefordert. In den Tarifbereichen, in denen die 40-Stunden-Woche noch nicht vereinbart ist, soll diese Forderung 1970 gestellt und realisiert werden. Von Fall zu Fall sei zu prüfen, ob in jenen Tarifbereichen, in denen die 40-Stunden-Woche seit 1965 vereinbart wurde, die wöchentliche Arbeitszeit unter 40 Stunden verkürzt werden soll.

Schließlich fordern die Glasarbeiter die Aufnahme von Schutzbestimmungen für gewerkschaftliche Vertrauensleute in die Manteltarifverträge bzw. den Abschluß entsprechender gesonderter Tarifverträge. Diese sollen zum Inhalt haben, „daß die gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb wegen ihrer gewerkschaftlichen Arbeit nicht behindert und benachteiligt werden; den Vertrauensleuten einmal im Vierteljahr während der Arbeitszeit unter Fortzahlung des Lohnes Zusammenkünfte ermöglicht werden; ein Personenkreis — orientiert an der Beschäftigtenzahl — festgelegt wird“.

Gewerkschaftsbarometer '69

Wie man in der Bevölkerung über den DGB denkt
Vertrauen und Erwartungen — Umfrage des INFAS

Kürzlich wurde das „Gewerkschaftsbarometer 1969“ der Öffentlichkeit zugänglich. Vom „Institut für angewandte Sozialwissenschaft“ (INFAS) in Bad Godesberg auf Grund von Umfragen bei 1997 Bürgern der Bundesrepublik erarbeitet, soll es ein repräsentatives Bild über das derzeitige Image der Gewerkschaften und ihre Politik in der Bevölkerung vermitteln. Diese Dienstleistung als eine Art Entscheidungshilfe für die Politik des DGB wurde seit 1963/64 zum achten Male erbracht.

Inwieweit die Ergebnisse solcher soziologischen Befragungen Kriterium für den einzuschlagenden gewerkschaftlichen Kurs sein können, ist seit jeher umstritten; verabsolutieren darf man sie sicher nicht. Es ist eben gerade unter den Verhältnissen unserer bundesdeutschen Wirklichkeit geistiger Manipulierung der Bürger Tatsache, daß subjektive Vorstellungen oftmals mit der objektiven Realität recht wenig gemein haben. INFAS macht selbst darauf aufmerksam: „An der Basis der sozialen Hierarchie ist der Blick für die Realitäten in der Gesellschaft offenbar getrübt, als auf den Stufen darüber.“ An anderer Stelle des „Barometers“ heißt es in diesem Zusammenhang schließend: „... wirken sich die Unterschiede des Informationsniveaus, der Bildung und des Interesses an gesamtgesellschaftlichen Vorgängen aus.“

Das „Gewerkschaftsbarometer 1969“ kann wie andere derartige Materialien unter Berücksichtigung des Vorhergesagten mithelfen, darüber Aufschluß zu erhalten, wie die Politik des DGB in der Mitgliedschaft, bei allen Beschäftigten, in der ganzen Bevölkerung „ankommt“. Somit erhalten die jetzigen Umfrageergebnisse von INFAS einen gewissen Wert für solche taktischen Entschlüsse, welche — prinzipiell und doch elastisch zugleich angelegt — die bestmögliche Effektivität in der Verwirklichung der Zielstellungen des DGB bewirken müssen.

Nun hat das Unternehmerblatt „Industriekurier“ seine Betrachtung des „Gewerkschaftsbarometers 1969“ vom 4. April 1970 unter den Titel gestellt: „Infas-Untersuchung bringt DGB in Verlegenheit“. Zum Beweis dafür werden vor allem die Aussagen der Befragten zu den Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften angeführt, die in Kreisen des DGB „schockiert“ hätten.

Die Mitglieder und Funktionäre des DGB können demgegenüber konstatieren, daß das „Gewerkschaftsbarometer 1969“ nicht ein gewerkschaftliches Tief, sondern ein Hoch anzeigt. Und da, wo sich innerhalb dieses gewerkschaftspolitischen Hochs Unmutswolken zeigen, wird es bei Zurückweisung jeglicher Einmischung von Un-

ternehmerseite ureigenste Sache der Gewerkschafter selbst sein, die Mehrheit der Arbeitnehmer von der Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses auf der Grundlage einer den Interessen des arbeitenden Volkes verpflichteten Gewerkschaftspolitik zu überzeugen und für aktive Mitarbeit zu gewinnen.

Bei den hier zur Diskussion stehenden Umfragen sprachen sich 85 Prozent der Bevölkerung für die Notwendigkeit von Gewerkschaften aus. Dabei ist bemerkenswert, daß 91 Prozent des darunter befindlichen Teils der Arbeitnehmer Gewerkschaften für notwendig halten und 97 Prozent der DGB-Mitglieder selbst ihre Organisation als erforderlich bezeichnen. Bedeutsam ist in den diesbezüglichen INFAS-Übersichten auch die Feststellung: „Wenn nach wie vor zwei Drittel (66 Prozent) der nichtorganisierten Arbeitnehmer die Gewerkschaften uneingeschränkt

Mitgliederzunahme beim DGB

Die Mitgliederzahl der im DGB zusammengeschlossenen 16 Gewerkschaften und Industriegewerkschaften belief sich am Jahresende 1969 auf insgesamt 6 482 390. Das bedeutet eine Zunahme um mehr als 100 000 Mitglieder gegenüber Ende 1968. Am Jahresende 1969 waren im DGB 4 926 943 Arbeiter, 930 233 Angestellte und 625 214 Beamte organisiert. Die Zunahme der Mitgliederzahl ist bei den Arbeitern mit über 60 000 am stärksten. Von den Einzelgewerkschaften erzielten die IG Chemie-Papier-Keramik, die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen sowie die IG Metall den relativ stärksten Mitgliederzuwachs.

Die IG Chemie-Papier-Keramik meldete jetzt einen neuen Rekord ihrer Mitgliederzahl. Am Ende des ersten Quartals 1970 betrug danach die Zahl der Chemie-Gewerkschafter 562 773. Das sind über 10 000 mehr als zum Jahresende 1969. Die Gewerkschaft bezeichnet diesen Zuwachs als großen Erfolg der Werbekampagne unter dem Motto „Aktion 70“.

für notwendig halten, dann gibt das zumindest einen Hinweis auf den Umfang des Potentials, das der gewerkschaftlichen Werbung noch offen steht.“

Alle diese Zahlen sind eine Bestätigung der auch auf andere Weise gewonnenen Erkenntnis, daß die Weisungen vom Vertrauensschwund und der Negation der Gewerkschaften ganz einfach nicht zutreffen. Dennoch ist damit noch nichts Präzises ausgesagt über die inhaltlichen Vorstellungen notwendigen gewerkschaftlichen Wirkens. Angesichts der Bestrebungen, die Gewerkschaften in das spät-kapitalistische System der Bundesrepublik zu integrieren, wird Klarheit über den Standort der Gewerkschaften für die gegenwärtige und künftige Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse wesentlich. Die in der INFAS-Untersuchung gelegentlich anklingenden Hinweise auf die Konsequenzen aus den September-Streiks 1969 für eine nicht sozialpartnerschaftliche, sondern vom nach wie vor bestehenden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgehende gewerkschaftliche Interessenvertretung mußten gerade im Mittelpunkt der Diskussion stehen.

50 Prozent der Befragten aus allen Bevölkerungsschichten halten es für legitim, daß die Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Forderungen auch die Waife des Streiks anwenden. Die darunter befindlichen gewerkschaftlich organisierten sprachen sich zu 71 Prozent für die Anwendung des Streiks aus. Was das in unserer Zeit unumgängliche politische Engagement der Gewerkschaften anbetrifft, so unterstützen trotz massiver Propaganda für „Neutralität der Gewerkschaften“ 37 Prozent der Mitglieder vorbehaltlos die gewerkschaftliche Stellungnahme zu politischen Fragen, während weitere 25 Prozent für politischen Engagement je nach Lage der Dinge eintreten. 78 Prozent der befragten Berufstätigen und ein gleicher Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten sprachen sich absolut oder relativ für das Demonstrationsrecht der Gewerkschaften aus.

Die Praxis der Klassenauseinwanderung hierzulande hat sich als guter Lehrmeister für Aktionen der arbeitenden Klassen und Schichten unserer Bevölkerung erwiesen und wird auch künftig in bestimmten Situationen eine kämpferische Bewegung für gesellschaftliche Veränderungen beschleunigen helfen. Die Septemberstreiks, die Aktion „Roter Punkt“, die antinazistischen Demonstrationen, das Aufbegehren gegen den Bildungsnotstand und schließlich die Protestbewegung gegen die Verbrecher am vietnamesischen Volk haben ihre Wurzeln in der Ökonomie und Politik des bundesrepublikanischen Spätkapitalismus.

Die DGB-Gewerkschaften tragen in diesem Zusammenhang eine große

Verantwortung vor unserem Volk, der sie in dem Maße gerecht werden, wie die Kampfkraft der gewerkschaftlichen Massenorganisation für die Beseitigung der ungerechten Herrschaftsstrukturen in der Bundesrepublik zur Geltung gebracht wird.

65 Prozent der Berufstätigen und 72 Prozent der DGB-Mitglieder unter ihnen meinen, „die Vermögens- und Einkommensverteilung in der Bundesrepublik ist heute so ungerecht und einseitig, daß wesentliche Änderungen notwendig sind. Diese Aussage ist die Folge der Erkenntnis von 71 Prozent der befragten Berufstätigen und 80 Prozent der DGB-Mitglieder darüber, daß in „unserer Gesellschaft noch große Unterschiede zwischen arm und reich bestehen“.

Auf die von INFAS gestellte Frage, wer wohl „am wachsenden Wohlstand der letzten Jahre am meisten profitiert“ habe, wurde mit großer Mehrheit geantwortet, daß sich Unternehmer und Aktionäre den Löwenanteil angeeignet haben. Darum ist es auch allzu verständlich, daß — so das „Gewerkschaftsbarometer“ — „nur eine kleine Gruppe der Bevölkerung der Auffassung ist, daß an den bestehenden Besitzverhältnissen in der Wirtschaft nicht gerüttelt werden darf“.

Für den DGB ergibt sich daraus, das Problem zu überdenken, wie die nicht nur in der Arbeiterklasse vorhandene Grundstimmung nach Änderung der Eigentums- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik artikuliert und zur Wirkung gebracht werden kann. Alle bisherigen Pläne von außerhalb des DGB zu diesen Fragen, z. B. die Erlangung eines Jahreseinkommens innerhalb eines Dezenniums, entsprechen bei weitem nicht den Vorstellungen der Arbeitnehmer, wie sie auch im „Barometer“ geäußert wurden. Sie ändern nichts an den „ungerechten Herrschaftsstrukturen“, aber drohen, die Ungerechtigkeit zu versteinern. Darum sollte man sich an das Grundsatzzprogramm des DGB erinnern, in dem der Anspruch der Arbeitnehmer auf eine Beteiligung am bereits gebildeten Vermögen und die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum als ein notwendiges Mittel fixiert sind.

Die Umfrage von INFAS schloß eine Entscheidung darüber ein, welche Forderungen des DGB-Aktionsprogramms am dringlichsten durchgesetzt werden sollen. Danach ergibt sich in der Reihenfolge der Antworten, daß die Erhaltung der Arbeitsplätze als erst-rangig betrachtet wird. Danach folgen mit Abstand bessere Alterssicherung, höhere Löhne und Gehälter (stark zugenommen), bessere Vermögensverteilung, mehr Mitbestimmung, bessere Bildung und Berufsausbildung, längerer Urlaub und Urlaubsgeld (stark zugenommen), kürzere Arbeitszeit, besserer Unfallschutz.

Bezeichnend ist, daß keine dieser Forderungen aus dem DGB-Aktionspro-

gramm als überflüssig ausrangiert wurde. Allen Forderungen kommt das Recht auf Realisierung zu. Dies muß besonders betont werden, da in Unternehmerkreisen Zweckpropaganda über „geringen Kurswert“ der am Ende der Skala genannten Belange gemacht wird. Dabei greift man hinauf bis zur viertplazierten Mitbestimmung, die natürlich den auf dem Herr-im-Hause-Standpunkt beherrschenden Unternehmern seit jeher nicht in ihre Richtung paßt.

Was das Verlangen nach Mitbestimmung der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Betrieb, in der Wirtschaft und in der ganzen Gesellschaft anbetrifft, so gilt einiges zu überlegen. Die Diskussion darüber ist so alt, wie die Gewerkschaftsbewegung selbst. Da es bis heute keine befriedigende Lösung gibt, ist Mitbestimmung immer mehr in den Brennpunkt sozialer Auseinandersetzung gerückt. Niemand kann ernsthaft das Streben nach Mitbestimmung der Arbeiterklasse bestreiten. Wenn sich laut IN-

Besser informiert durch NACHRICHTEN

FAS im September/Oktober 1969 „nur“ 30 Prozent der befragten Berufstätigen für Mitbestimmung als das Wichtigste aussprachen, so kann man daraus nicht folgern, daß 70 Prozent dagegen sind. Schließlich sind 34 Prozent der Facharbeiter und 39 Prozent der DGB-Mitglieder für die Vorrangigkeit dieser Forderung.

Die INFAS-Untersuchung stellte sich nicht zur Aufgabe, die ganze Skala der Motivationen für oder wider Mitbestimmung sichtbar zu machen. Ihre Analyse ist aber notwendig, um für das weitere Vorgehen richtige Schlüsse zu ziehen. Das aber läßt sich hier mit Recht sagen: Eindeutigkeit und Klarheit in der Frage der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen tut not. Solange Mitbestimmung auch als effektsteigerndes Mittel der Profitwirtschaft der Konzerne und deren Machtstabilisierung dienend definiert werden kann, werden sich die Arbeiter nicht engagieren. Wenn jedoch die Beschlüsse des 8. DGB-Kongresses nach Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung im Sinne der Befreiung aus der „Vorbeugehaft“ der konzertierten Aktion und der Einschränkung der alleinigen Verfü-

gungsgewalt von Großaktionären realisiert werden, vermag man auch die große Mehrheit der Arbeiterklasse für ihre Mitbestimmung zu gewinnen.

Gewiß wäre es auch ratsam, sich jener Vorschläge zu erinnern, die darauf abzielen, den Arbeitern, Angestellten und Beamten verständlicher zu machen, was sie auch persönlich von der Mitbestimmung an Nutzen haben. Notwendiger denn je wird es sein, die Arbeitnehmer davon zu überzeugen, daß ohne Mitbestimmungsrechte und ihre Erweiterung keines der dringendsten Anliegen, wie Sicherheit des Arbeitsplatzes usw. dauerhaft und umfassend verwirklicht werden kann.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich programmatisch dazu bekannt, die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen, eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten und dabei mitzuwirken, den Aufbau einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu erreichen, in der ein menschenwürdiges Leben gewährleistet werden kann. Es besteht keinerlei Veranlassung dazu, unter den gegenwärtigen Besitz- und Machtverhältnissen in der Bundesrepublik hiervon Abstriche zu machen.

Die neue Regierungskonstellation — soviel hat sich inzwischen herausgestellt — ist nicht identisch mit einem Machtwechsel zugunsten der Arbeiterklasse. Nach wie vor wird es von der Aktivität der arbeitenden Menschen selbst abhängen, ob und inwieweit ihre Interessen gewahrt werden. Niemand hat darum das Recht, aus Gründen „falsch verstandener Loyalität den Standpunkt der Arbeitnehmerinteressen zu verlassen“, wie DGB-Landesbezirksvorsitzender von Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, sagte.

Im nächsten Jahr wird es einen außerordentlichen DGB-Kongreß geben, der sich mit Anträgen zur Satzung beschäftigen soll. Die damit verbundene Reform des DGB wird sich auf die Orientierung der Gewerkschaften auswirken.

Die Ergebnisse der INFAS-Befragung setzen wie andere Meinungsäußerungen aus der Mitgliedschaft der Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterklasse unmißverständliche Zeichen. Sie sind bereits gedeutet in den Worten, die Lehlbach in seiner Rede auf dem 8. DGB-Kongreß ausgesprochen hat: „Wenn die Gewerkschaften ihre geschichtliche Aufgabe als humanitäre, soziale Bewegung weiterführen wollen, dann werden sie in Unabhängigkeit gegenüber allen wirtschaftlichen und sozialen Mächten denken und arbeiten müssen. Es wird dann für sie darauf ankommen, daß sie überall dort, wo arbeitende Menschen von sozialer, politischer oder wirtschaftlicher Fremdbestimmung bedroht werden, als aktive Widerstandsorganisation auftreten.“ N.

Einfluß auf die Schule

Das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR und die Mitwirkung der FDGB-Gewerkschaften

Vor fünf Jahren hat die Volkskammer der DDR das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem beschlossen. Eine der wesentlichsten Bestimmungen war die Einführung der zehnjährigen Oberschulpflicht für alle Kinder, die im März 1968 sogar zum Verfassungsgebot erhoben wurde. Welche Anstrengungen man inzwischen in dieser Richtung unternommen hat und wie die Gewerkschaften auf die Schulpolitik Einfluß nehmen — darüber berichtet unser DDR-Korrespondent Roland Köster:

Bei der Verkündung des Gesetzes waren es 72,7 Prozent aller Schüler, die nach Abschluß der 8. Klasse in die neugeschaffenen 9. Klassen übergingen. 1969 konnten 82 Prozent nach der Absolvierung der 8. Klasse diesen Schritt tun. Bis 1975 — diese Aufgabe ist gestellt — sollen es mindestens 90 Prozent sein. Natürlich erfordert das gewaltige Investitionen. Beispielsweise müssen 20 000 neue Unterrichtsräume bis 1975 geschaffen werden. Was die Ausbildung von Lehrern betrifft, so soll ihre Zahl nach dem 1970 angelaufenen Zehnjahresprogramm um 90 000 erhöht werden.

Wesentlich für die zehnklassige polytechnische Oberschule ist ihr neuer Inhalt, eine Allgemeinbildung, die

wirken jedoch bereits an mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Arbeitsgemeinschaften mit.

Wie sieht nun die gewerkschaftliche Einflußnahme auf die Schulpolitik aus? Sie realisiert sich keineswegs allein über die Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher und die Betriebsgewerkschaftsleitungen, die an allen schulischen Einrichtungen bestehen. Die gewerkschaftliche Aktivität auf schulpolitischem Gebiet hat eine viel breitere Grundlage. Das schulische Leben wird in der DDR als ein fester Bestandteil des ganzen gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses bewußt gestaltet.

Der sozialistische Betrieb, wo die Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder als sozialistische Eigentümer und Produzenten die wichtigsten gesellschaftlichen Existenzbedingungen schaffen und wo ihr demokratisches Mitplanen, Mitarbeiten und Mitregieren seine Basis hat, ist auch eine wesentliche Basis für den Einfluß der Arbeiterklasse auf die Schule. Die sozusagen „naturwüchsige“ Form dieses Einflusses waren ursprünglich allein die Patenschaften, die von Arbeitsbrigaden der Betriebe über bestimmte Schulklassen zur Unterstützung des Bildungs- und Erziehungsprozesses übernommen wurden. Vor zwei Jahren erlebte der Korrespondent der NACHRICHTEN im Zementwerk Bernburg folgendes:

In einer Klasse der dortigen Oberschule gab es Schwierigkeiten mit 12 und 13 Jahre alten Jungen. Sie waren wiederholt wegen Disziplinlosigkeit aufgefallen, hatten mutwillig Fahrräder von Mitschülern beschädigt und anderen Schaden gestiftet. Die Eltern wurden regreppflichtig gemacht und hatten den Schaden ersetzt. Der Lehrer hatte nicht den Eindruck, daß die formale Bereinigung der Angelegenheit zu einem Erziehungsfortschritt geführt hatte. Er wandte sich an die Patenbrigade. Dort nahm man sich die Zeit, sich in einer Gewerkschaftsgruppen-Versammlung mit den Jungen zu beschäftigen.

Es gab eine kameradschaftliche Unterhaltung. Man setzte den Jungen auseinander, wie lange ihre Väter arbeiten müssen, um soviel verdient

zu haben, wie der gedankenlos von ihnen verursachte Schaden ausmacht. Man zeigte ihnen, was zu dieser Arbeit alles gehört und daß das Schaffen von Werten eine verdammte erste und mühevollste Angelegenheit ist, die nur der bewältigt, der sich auch diszipliniert zu verhalten weiß. So machten die Kollegen den Jungen klar, weshalb man dem aus der Arbeit hervorgegangenen persönlichen Eigentum ebenso wie dem dadurch geschaffenen gesellschaftlichen Eigentum mit Achtung begegnen muß.

Dieses Gespräch mit den Jungen blieb nicht eine einmalige Angelegenheit. Es entwickelte sich daraus eine persönliche Bindung, die heute noch existiert und half, die allgemeine Haltung der Schüler grundlegend zu verbessern.

Die Regel in solchen Patenschaftsbeziehungen ist heute, daß fortschrittliche Arbeiter vor „ihren“ Schulklassen auftreten, ihnen die Bedeutung ihrer Arbeit erläutern, sie aber auch mit den Problemen und Sorgen ihres Kollektivs bekanntmachen. Die Kinder sollen wissen, daß der Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung kein widerspruchsfreier bequemer Weg ist; sie sollen solche Widersprüche, die im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung durch die bewußte, organisierte Tätigkeit des Menschen gelöst werden, frühzeitig kennenlernen und auf der Grundlage praktischer Erfahrungen exakte Vorstellungen von den systemgemäßen Lösungswegen erhalten. Diese Arbeit der Gewerkschafter trägt im hohen Maße dazu bei, die Einheit des an der Schule vermittelten sozialistischen Ideals mit der Wirklichkeit zu sichern und bei den Schülern frühzeitig aktive Grundhaltungen gegenüber allen Schwierigkeiten zu wecken.

Andererseits besuchen die Schüler ihre Brigaden im Betrieb, geben Aufschluß über ihre Lernergebnisse, legen dort Rechenschaft ab über Gutes und Schlechtes und nehmen auch an bestimmten gewerkschaftlichen Aktionen teil — so z. B. an der gewerkschaftlichen Solidarität für das kämpfende vietnamesische Volk.

Die gewerkschaftliche Einflußnahme auf das schulische Leben vollzieht sich auch auf die Weise, daß sachkundige Funktionäre die Pädagogen in speziellen Zusammenkünften mit den betrieblichen Problemen bekanntmachen, mit den Fragen der perspektivischen Entwicklung, den konkreten Aufgaben zur Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Andererseits vermitteln Pädagogen den Brigaden und den betrieblichen Leitern pädagogische und psychologische Kenntnisse, was nicht nur für die Menschenführung im Betrieb von Bedeutung ist, sondern auch auf die Familienerziehung positive Rückwirkungen hat.

Die Betriebsgewerkschaftsleitungen beschäftigen sich regelmäßig mit den

Unser Nachbar DDR

weitestgehend dem Stand der Entwicklung von Gesellschaft, Wissenschaft, Technik, Ideologie und Kultur entspricht. Diesem Ziel galt die schrittweise Ausarbeitung und Einführung neuer Lehrpläne für alle Fächer und Klassenstufen seit dem Jahr 1965. Der prozentuale Anteil der Fächergruppen an der Studententafel sieht so aus:

Gesellschaftswissenschaften, Muttersprache, Literarisch-künstlerischer Unterricht	= 38,1 %
Mathematik/	
Naturwissenschaften	= 32,1 %
Polytechnischer Unterricht	= 11,4 %
Fremdsprachen	= 10,8 %
Sport	= 7,6 %

Der Unterricht wird ergänzt durch die sich nach den individuellen Interessenanlagen der Schüler richtende freiwillige Mitarbeit in außerschulischen Arbeitsgemeinschaften. Gegenwärtig beteiligen sich daran bereits 800 000 Schüler im Alter von 10 bis 14 Jahren in 55 000 Arbeitsgemeinschaften, wobei der Sport mit fast 300 000 Schülern dominiert. Über 100 000 Schüler dieser Altersgruppe

Finanznot der Krankenhäuser

Im Jahre 1968 hat sich der Bettenbestand in den Krankenhäusern der Bundesrepublik um fast 16 000 auf 665 546 erhöht. Es kommen damit auf 10 000 Einwohner 110 Krankenhausbetten. In der „Sozialpolitischen Umschau“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung wird dazu festgestellt: „Mit dieser Bettendichte zählt die Bundesrepublik im internationalen Vergleich zu den am besten versorgten Staaten.“

Besonderer Anlaß zu diesem Eigenlob besteht allerdings nicht. Die DDR zum Beispiel hatte schon in den Jahren 1964/65 mit rund 206 000 Krankenhausbetten ein Verhältnis von 121 Krankenhausbetten auf 10 000 Einwohner erreicht. Durch die Erfolge im vorbeugenden Gesundheits- und Unfallschutz, so zum Beispiel durch die Auflösung von TBC-Kliniken, verminderte sich die Zahl der Krankenhausbetten auf rund 199 000, aber mit 117 Betten auf 10 000 Einwohner lag die DDR noch immer günstiger als die Bundesrepublik.

Doch abgesehen von dem in der Bundesrepublik noch immer völlig unterentwickelten vorbeugenden Gesundheits- und Unfallschutz schweigt sich das Presse- und Informationsamt der

Bundesregierung darüber aus, daß es in der Bundesrepublik einen katastrophalen Mangel an Spezialkliniken — so beispielsweise für Herz- und Neurochirurgie — gibt und sich die Krankenhäuser seit Jahren in einer prekären Finanznot befinden. Bis jetzt ist hier auch keine Abhilfe zu sehen, denn die selbst total verschuldeten Gemeinden und die sich ebenfalls in ständigen finanziellen Schwierigkeiten befindlichen Krankenkassen sind nicht in der Lage, den Krankenhäusern zu helfen.

Zwar hatte der Bundestag Mitte des Jahres 1969 der Bundesregierung den Auftrag erteilt, für eine wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser zu sorgen. Im Dezember 1969 wurde den Krankenhäusern vom Staatssekretär Dr. Manger-König eine Überbrückungshilfe des Bundes in Höhe von 600 Millionen DM zugesagt. Diese Zusage soll aber jetzt nicht eingehalten werden: Nach einer Mitteilung der Bundesgesundheitsministerin, Käthe Stobel, werden die Krankenhäuser im Jahre 1970 nichts und ab 1971 nur eine Schuldendiensthilfe in Höhe von zunächst 7 Mill. DM jährlich erhalten.

Diese „Bundeshilfe“ ist für die Krankenhäuser noch nicht einmal der be-

kannte Tropfen auf den heißen Stein. Auf der Präsidialsitzen des Landkreistages in Wiesbaden haben die hessischen Landräte erklärt, daß die Krankenhausversorgung der Bevölkerung bedroht ist, wenn die Bundesregierung nicht ihrer grundsätzlichen Verpflichtung nachkommt, den Krankenhäusern zu helfen.

Die Haltung der Bundesregierung gegenüber der Finanzsituation der Krankenhäuser ist umso verwerflicher, als sie andererseits mit unverständlicher Großzügigkeit die Forderungen der Bundeswehrgeneralität nach Erhöhung des Rüstungsetats ohne Zögern erfüllt. Von der Bundesregierung, die sich sozial-liberal nennt, ist aber zu verlangen, daß sie hier weniger „Kontinuität“ im Sinne der Rüstungspolitik der CDU/CSU-Regierungen übt und sich mehr um „Erneuerung“ im Sinne des sozialen Fortschritts bemüht.

A. B.

PERSONALIEN

Walter Arendt, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, besuchte im April die Vorstände einiger DGB-Gewerkschaften. Am 14. April sprach er vor dem Beirat der IG Metall, dem höchsten Organ zwischen den Gewerkschaftstagen, in Frankfurt/M. über die nächsten arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung. Am 21. April besuchte Arendt in Kassel den Hauptvorstand der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Gesprächsthema war insbesondere die Forderung der GGLF nach Beseitigung aller diskriminierenden Ausnahmebestimmungen im Arbeits- und Sozialrecht für die Arbeitnehmer im agrarischen Bereich.

Gustav Heinemann, Präsident der Bundesrepublik, empfing Anfang April eine von Franz Woesche, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, geleitete Delegation der Gewerkschaftsjugend. Ihr gehörten 20 Betriebsjugendvertreter und 9 Jugendsekretäre an, die Heinemann aufforderten, sich für solche Fragen wie die Demokratisierung des Bildungswesens, Verbesserung der beruflichen Bildung und für bezahlten Bildungsurlaub einzusetzen. Die Gewerkschaftsjugend forderte ferner die Förderung von Informationsreisen in sozialistische Länder und die Schaffung von Lehrstühlen für sozialistische Theorie und politische Ökonomie.

Walther Reuther, Präsident der US-amerikanischen Automobilarbeiter-Gewerkschaft (UAW), wurde auf dem Kongreß der Gewerkschaft Ende April in Atlanta City zum 13. Male wiedergewählt. Reuther, der 62 Jahre alt ist, bekleidet diese Funktion schon seit 24 Jahren.

Elternvertretern, die an den Schulen tätig sind und im Betrieb arbeiten. Die betrieblichen Kulturhäuser, die von den Gewerkschaften geleitet werden, stehen auch den Patenklassen des Betriebes offen und fördern insbesondere die musische Bildung mit dem Ziel, in Arbeitsgemeinschaften die künstlerische Selbstbetätigung anzuregen und zu entwickeln.

Von besonderer Bedeutung ist natürlich der polytechnische Unterricht im Betrieb. Als die ersten Schritte dazu unternommen wurden, hat eine gehässige antisozialistische Propaganda diese Bemühungen als „Ausnutzung kindlicher Arbeitskraft“ zu diffamieren versucht. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß die Schüler der oberen Klassen in direktem Kontakt mit den Arbeitern und Gewerkschaftern die Bedingungen der modernen sozialistischen Großproduktion kennenlernen und mit der Technik und Technologie vertraut gemacht werden. Das wirkt sich auf die Heranbildung ihrer Interessen und die Entwicklung ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten außerordentlich positiv aus und läßt auch bereits die Talente auf bestimmten Gebieten früh hervortreten.

Heute gibt es schon naturwissenschaftlich-technische Arbeitsgemein-

schaften der oberen Klassen, die an der Lösung betrieblicher Entwicklungsaufgaben mitarbeiten. Schließlich ist die gewerkschaftliche Einflußnahme auf die Schule auch dadurch gegeben, daß die Betriebe entscheidend an der Feriengestaltung mitwirken. So existieren z. B. rund 6500 Betriebsferienlager für Schüler. Insgesamt 800 000 schulpflichtige Kinder der Betriebsbelegschaften erholen sich — in der Regel für drei Wochen — alljährlich in den schönsten Gegenden der DDR, ohne daß den Eltern nennenswerte Kosten entstehen. In Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit dem sozialistischen Jugendverband werden 80 000 Lagerleiter, Gruppenleiter und Helfer für diese Aufgabe ausgewählt, geschult und vorbereitet.

Nicht zuletzt sorgen die Gewerkschaften auch dafür, daß die Betriebe aus ihren Mitteln zusätzlich dazu beitragen, die materiellen Bedingungen an den Schulen zu verbessern, eine gute Schulspeisung zu sichern und zu gewährleisten, daß die Werterhaltung der Schulgebäude und die Unterrichtsmittel den Anforderungen entsprechen. Diese Hilfe erfaßt auch die Arbeitsbedingungen in den Horten und Vorschuleinrichtungen. R. K.

Sozialbericht

Die Bundesregierung hat den Sozialbericht 1969/70 verabschiedet und der Öffentlichkeit vorgelegt. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger nach wie vor unzureichend sind und für einen Teil der Arbeitnehmer gerade das Existenzminimum erreichen.

So stellt der Sozialbericht u. a. fest, daß im Jahre 1969 rund 10 Prozent der Angestellten- und 25 Prozent der Arbeiterhaushalte weniger als 800 DM netto monatlich verdienten. 40 Prozent der Angestellten- bzw. Beamtenhaushalte und nur 20 Prozent der Arbeiterhaushalte erreichten ein monatliches Nettoeinkommen von 1200 DM. Der Bericht schätzt, daß voraussichtlich bis 1973 die Nettoeinkommen jährlich um 4 bis 5 Prozent steigen, während die darüber hinausgehenden nominalen Lohn- und Gehaltserhöhungen durch Steuern und Sozialbeiträge aufgezehrt werden. Es gibt aber keinen Zweifel, daß diese Vorausschätzung des Arbeitsministeriums nach den bisherigen Erfahrungen zu optimistisch ist.

Was die gegenwärtige gesamtwirtschaftliche Vermögensverteilung betrifft, kommt der Sozialbericht zu der verharmlosenden Feststellung, sie sei „unbefriedigend“. Konkret sieht das so aus, daß 1,7 Prozent der Bevölkerung 70 Prozent des privaten Produktivvermögens besitzen. Das Ziel der Bundesregierung sei deshalb eine breite Streuung des Vermögens auf alle Schichten der Gesellschaft. Die mit dem dritten Vermögensbildungsgesetz beschlossene Verdoppelung der „vermögenswirksamen“ Leistungen ist jedoch kein Mittel, die Arbeitnehmer am Produktivkapital zu beteiligen. Dagegen will die Bundesregierung mehr steuerliche Gerechtigkeit für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten im Zuge der großen Steuerreform verwirklichen.

In dem Bericht wird weiter angekündigt, die bisher starren Versicherungsgrenzen für die Krankenversicherung der Angestellten zu dynamisieren, um sie jeweils der allgemeinen Einkommensentwicklung anzupassen. Außerdem soll die gesetzliche Verpflichtung der Unternehmer, auch den nicht versicherungspflichtigen Angestellten den Beitragsanteil zu ihrer freiwilligen Krankenversicherung zu zahlen, eingeführt werden.

Der Sozialbericht enthält einen Katalog sozialpolitischer Versprechungen der Bundesregierung. Ihre Realisierung — so sagt der für den Bericht verantwortliche Arbeitsminister Arendt — ist vom weiteren Wachstum der Wirtschaft abhängig. NACHRICHTEN werden den Sozialbericht in Nr. 6 ausführlich unter die Lupe nehmen.

H. S.

Rentenanpassung zu gering

Für 1971 nur 5,5 Prozent Rentenerhöhung geplant Rentner bleiben weiter die Benachteiligten

Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, werden zum 1. Januar 1971 die neun Millionen Sozial- und die 2,6 Millionen Kriegsopferrenten nur um 5,5 Prozent und die eine Million Unfallrenten um 9,3 Prozent angehoben werden. Das sieht der Entwurf für das 13. Rentenanpassungsgesetz vor, den die Regierung Brandt beschlossen und dem Bundesrat zur Stellungnahme zugeleitet hat.

Mit 5,5 Prozent würde der Anpassungssatz für die Sozialrenten der für die diesjährige Rentenanpassung noch 6,35 Prozent betragen hat, auf den niedrigsten Stand seit 1962 herabgedrückt. Und das zu einer Zeit, da die Lebenshaltungskosten weiter steigen und die Rentner von dieser Teuerungswelle wie immer, am stärksten betroffen werden. Nach Feststellungen des Statistischen Bundesamtes haben sich die Lebenshaltungskosten für einen 2-Personen-Haushalt von März 1969 bis März 1970 um 4 Prozent erhöht — und ein Ende dieser Teuerungswelle ist nicht abzusehen.

Bleibt es bei den 5,5 Prozent, dann würden die Sozialrenten im Durchschnitt zum 1. Januar nächsten Jahres nur um folgende Beträge erhöht werden:

Rentenversicherung der Arbeiter: Versicherungsrenten 17,20 DM monatlich; Witwenrenten 13,70 DM monatlich.

Rentenversicherung der Angestellten: Versichertenrente 29,40 DM monatlich; Witwenrenten 20,40 monatlich.

Für Rentner mit einer nur kleinen Rente würde die Erhöhung noch geringer ausfallen. Ein soziales Unrecht, das endlich mit der Verwirklichung der von den Gewerkschaften geforderten Mindestrente aus der Welt geschafft werden sollte!

Der vorgesehene Anpassungssatz von 5,5 Prozent für die Sozialrenten ergibt sich aus der Entwicklung der Durchschnittsarbeitserdienste der Jahre 1967 bis 1969 gegenüber 1966 bis 1968. Der höhere Anpassungssatz für Unfallrenten spiegelt die Lohn- und Gehaltssteigerungen des Jahres 1969 zum Stand der Arbeitsdienste im Jahre 1968 wider. Regierung und Parlament sind aber nicht verpflichtet, bei der Festsatzung des Anpassungssatzes der Lohn- und Gehaltsentwicklung zu folgen. Für ein Abweichen zugunsten der Rentner, die den rapiden Preissteigerungen am härtesten ausgesetzt sind, gibt es viele triftige Gründe.

Obwohl die Sozialrenten jährlich angehoben werden, haben sie seit 1957 mit der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik nicht Schritt gehalten. So lag zum Beispiel das

Bruttosozialprodukt 1969 um 177 Prozent höher als 1957. Die Sozialrenten dagegen sind mit dem 12. Rentenanpassungsgesetz zum 1. Januar 1970 nur um 128,5 Prozent gegenüber ihrem Stand im Jahre 1957 erhöht worden.

Eine Steigerung der Renten über 5,5 Prozent hinaus könnte auch ein Ausgleich dafür sein, daß die damalige CDU/CSU-Regierung die zum 1. Januar 1958 fällig gewesene erste Rentenanpassung, gestützt auf ihre Mehrheit im Bundestag, nicht durchführte. Schon 1966/67 haben die Gewerkschaften gefordert, diese Rentenanpassung nachzuholen.

Auch jetzt sprechen neben den sozialen konjunkturelle Gründe dafür, die Renten zum 1. Januar 1971 über die vorgesehenen 5,5 Prozent zu erhöhen. Nach Auffassung namhafter Wirtschaftler und Wirtschaftsinstitute ist für die zweite Hälfte dieses Jahres mit einem Abflachen der Konjunktur zu rechnen, wenn nicht sogar mit dem Beginn einer neuen Krise. Eine kräftige Rentenerhöhung könnte also zur Zeit konjunkturgerecht wirken. A. B.

Jeder Fünfte müßte ins Sanatorium

Wahrhaft erschütternd sind die Ergebnisse einer Vorsorgeuntersuchungsaktion, die erstmals von sechs südwestdeutschen Ortskrankenkassen durchgeführt wurde. Nach einem vom baden-württembergischen Arbeitsminister veröffentlichten Teilergebnis stellte sich bei der Untersuchung heraus, daß von rund 31 000 Versicherten, die dabei erfaßt wurden, nur bei 10 187 keine medizinischen Maßnahmen notwendig waren. Zwei Drittel waren behandlungsbedürftig und bei jedem Fünften wäre ein Sanatoriumsaufenthalt vonnöten. Bei 13,8 Prozent der Untersuchten wurden gesundheitliche Schäden festgestellt. Im besonders hohen Maße war das bei jungen Mädchen zwischen 13 und 19 Jahren der Fall. Bei jedem fünften der Mädchen wurde eine bisher nicht festgestellte Erkrankung entdeckt.

System ohne Zukunft

„Spätkapitalismus ohne Perspektive“. Herausgeber: Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin (DWI). Tendenzen und Widersprüche des westdeutschen Imperialismus am Ende der 60er Jahre. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1970, 422 Seiten, DM 9,50.

Autoren des vorliegenden Buches wurden auf Versammlungen von westdeutschen Arbeitern gefragt, ob es nicht richtiger gewesen wäre, die Buchüberschrift mit einem Fragezeichen zu versehen. Denn es könne ja nicht behauptet werden, daß sich die westdeutsche Wirtschaft abwärts entwickle. Ferner könne nicht erwartet werden, daß der herrschenden Klasse in der BRD bei aktuellen Schwierigkeiten keine Auswege mehr einfallen, daß sie über keine Möglichkeiten verfüge.

In der Tat sind die Autoren jedoch weit von jeder Schwarz-Weiß-Malerei entfernt. Auf der Grundlage nüchterner wissenschaftlicher Analysen ge-

des staatsmonopolistischen Kapitalismus Rechnung.

Was bedeutet in diesem Zusammenhang Systemcharakter? Es wird damit der enge Zusammenhang aller Teilbereiche der Gesellschaft ausgedrückt, insbesondere die Verschränkung von Ökonomie und Politik, die Rückwirkung der Ideologie auf die Entwicklung des Klassenkampfes u. a. Dementsprechend werden auch in der vorliegenden Arbeit einige wichtige Komplexe und Teilbereiche herausgegriffen, gewissermaßen ein Schnitt durch die gesamte Gesellschaft gemacht, um Einblick in ihre inneren Widersprüche und Bewegungen zu gewinnen.

Dabei lassen sich die Autoren von einer Grundeinsicht leiten, die sie aus der Analyse selbst gewonnen haben: Am Ende der 60er Jahre ist offenkundig, daß die Nachkriegsperiode in der Bundesrepublik zu Ende gegangen ist. Nunmehr stehen auf allen Gebieten neue Fragen auf der Tagesordnung. Das Gesamtsystem muß eine Anpassung an die neuen inneren und äußeren Entwicklungsbedingungen vollziehen. Die DWI-Autoren charakterisieren diese neue Entwicklungsetappe als Phase der Expansion, d. h. einer stärkeren Außenorientierung des Systems. Die schon früher wirksamen Widersprüche treten z. T. in neuen Formen und auf neuen Gebieten auf. Verzerrungen der Entwicklung werden jetzt erst voll wirksam, so z. B. das Zurückbleiben der Infrastruktur. Aber gleichzeitig ist der Sozialismus im Weltmaßstab und auch auf deutschem Boden stärker geworden. Die Auseinandersetzung der Systeme greift verstärkt auf die inneren Widersprüche über.

Es ist im Rahmen einer kurzen Buchbesprechung nicht möglich, auf die untersuchten Einzelkomplexe einzugehen. Es sei dazu nur vermerkt, daß der Leser eine Fülle analytisch verarbeiteter Materials und Einschätzungen der Entwicklungen erhält — ob es sich nun um Probleme der Rüstungsforschung oder der Gesellschaftsprognose handelt. Es sei nur auf die Thematik der Hauptkapitel verwiesen: Entwicklung der Systemauseinandersetzung in Deutschland; Stellung des westdeutschen Imperialismus im imperialistischen Gesamtsystem; Rüstungswirtschaft; Wachstumsstrategie; Machtkonzentration; Lage der Arbeiterklasse; Funktion des Staates bei der Regulierung der Klassenkonflikte; Neonazismus, ideologische Leitbilder; Gesellschaftsprognose.

Gerade der aktive Gewerkschafter wird täglich mit Problemen konfrontiert, für deren Beurteilung ein reicher Erfahrungsschatz allein nicht ausreichend ist. Wenn in den Gewerkschaften etwa die Aufwertung der D-Mark als Sieg wirtschaftspolitischer Vernunft gefeiert oder der Übergang zu strukturpolitischen Maßnahmen als Sieg der Idee der Planung deklariert wird oder man gar die konzentrierte Aktion als Form der Mitbestimmung der Gewerkschaften bezeichnet, wird deutlich, daß die Kenntnis der Grundzusammenhänge erforderlich ist, wenn man den Interessen der Arbeiter und Angestellten gerecht werden will. Gerade dafür kann die Arbeit der DWI-Autoren von großem Nutzen sein.

Es ist verständlich, wenn gegenwärtig eine große Unsicherheit in den Gewerkschaften gegenüber der derzeitigen von Sozialdemokraten geführten Bundesregierung herrscht. Denn viele Gewerkschafter sind der Ansicht, daß mit Bundeskanzler Brandt auch eine gesellschaftspolitische Wendung eingeleitet habe.

Wer die vorliegende Untersuchung liest — sie wurde schon einige Monate vor dem Bonner Regierungswechsel abgeschlossen — wird jedoch deutlich die Kontinuität in der Politik der derzeitigen Regierung zur früheren Politik feststellen. Dazu bedarf es sicher nicht der Lektüre dieses Buches. Das zeigt auch die tägliche Erfahrung. Aber man wird die Ursachen dieser Kontinuität und die Konzeptionen der Herrschenden klarer sehen. Denn Erhöhung der Funktionsfähigkeit des spätkapitalistischen Systems, die „Modernisierung“ des Kapitalismus ist keine Erweiterung der Demokratie. Die Macht des Großkapitals wird mit dieser Modernisierung nicht berührt. Im Gegenteil. Es werden Bedingungen geschaffen, um ihm noch höhere Profite zu sichern. Und das wird zum Angelpunkt der von Sozialdemokraten geleiteten staatlichen Wirtschaftspolitik.

Zu einem ähnlichen Urteil muß man auch gelangen, wenn man einige Aspekte der Außenpolitik, insbesondere der „Ostpolitik“, im Zusammenhang mit den militärpolitischen und rüstungswirtschaftlichen Konzeptionen sieht. Das vorliegende Buch bietet dazu ausgezeichnete Einblicke.

Die Diskussion über Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung, insbesondere über Aufgaben und Möglichkeiten der Gewerkschaften im Spätkapitalismus, kann nicht losgelöst von der gesellschaftspolitischen Analyse dieses Systems und der gesellschaftspolitischen Zielsetzungen und Konzeptionen der Herrschenden geführt werden. Das Buch der Wissenschaftler des DWI vermittelt dazu wichtige Anregungen, Einsichten und Grundkenntnisse. H. Jung

Das aktuelle Buch

langen sie zu einer Einschätzung der Entwicklungstrends des westdeutschen Kapitalismus am Ende der 60er Jahre und formulieren mit aller gebotenen Vorsicht, soweit es das Material zuläßt, Prognosen für die 70er Jahre. Dabei lassen sie allerdings keinen Zweifel daran, welchen Kräften auch in der BRD die Zukunft gehören wird. Denn eine gesellschaftspolitische Perspektive vermag das spätkapitalistische System nicht mehr zu entwickeln. Alle seine Maßnahmen sind Reaktionen auf den weltweiten Kampf zwischen Imperialismus und Sozialismus und die Herausforderung der Arbeiterklasse im Innern, auch dann, wenn das kapitalistische System diese Herausforderung nur als Möglichkeit einkalkulieren muß.

Wer die soliden und gründlichen Analysen des DWI, die regelmäßig in den „DWI-Berichten“ oder den „DWI-Forschungsheften“ veröffentlicht werden, kennt, wird mit Interesse zu dem nun auch in der Bundesrepublik verlegten neuesten Buch dieses Instituts greifen. Dem aufmerksamen Leser der DWI-Veröffentlichungen wird es nicht entgehen sein, daß sich die Forschungsgebiete des Instituts in jüngerer Zeit erweitert haben. Neben Fragen der Ökonomie werden jetzt auch stärker Probleme der sozialen Lage, der Ideologie und des Klassenkampfes untersucht. Damit trägt das DWI den Erkenntnissen über den Systemcharakter

- **2. bis 31. Mai**
Wahl der Delegierten zu den Geschäftsstellen- und Bezirkskonferenzen der IG Bergbau und Energie.
- **6. Mai bis 16. Juli**
Ruhrfestspiele des Deutschen Gewerkschaftsbundes.
- **11. bis 14. Mai**
Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Saarbrücken.
- **30. Mai**
Tarifverträge für die Beschäftigten in der chemischen Industrie von Westfalen, Südbaden und Bayern laufen aus.
- **6. bis 28. Juni**
Wahl der Geschäftsstellen- und Bezirksvorstände der IG Bergbau und Energie.
- **26. bis 28. Juni**
„Lenin-Kongreß“ der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) in Hamburg.
- **15. bis 17. Juli**
13. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock, während der Ostseewoche vom 12. bis 19. Juli 1970.
- **6. bis 11. September**
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten in Berlin.
- **Oktober**
10. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau und Energie.
- **Herbst 1970**
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft (genauer Termin und Tagungsort liegen noch nicht fest).

DPG-Hauptvorstand beruft Gewerkschaftstag ein

Für den kommenden Herbst hat der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) Mitte April einen außerordentlichen Gewerkschaftstag einberufen. Die DPG will sich mit den Konsequenzen befassen, die sich aus dem Fortfall des Bundespostministeriums und der Eingliederung der Bundespost in das Verkehrsministerium ergeben. Für die Neuorganisation der Post hat die DPG einen eigenen Entwurf eines Postverfassungsgesetzes ausgearbeitet, der u. a. auf dem Gewerkschaftstag beraten werden soll. Die Gewerkschaft prüft insbesondere auch Möglichkeiten für die Realisierung der paritätischen Mitbestimmung im verantwortlichen Aufsichtsgremium für die Bundespost.

„Soziale Lasten“ - nur Getue!

Lohnfortzahlung kostet die Unternehmer nichts

Mit konstanter Hartnäckigkeit fordern die Unternehmer bei Tarifverhandlungen immer wieder, daß bei der Bemessung der Lohn- und Gehaltserhöhungen Mehrbelastungen berücksichtigt werden müßten, die den Unternehmern infolge der ab 1. Januar in Kraft getretenen Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall sowie der Erhöhung der Krankenversicherungspflichtgrenze für Angestellte aufgebürdet worden seien. Dabei wird mit mehr oder weniger willkürlich geschätzten Zahlen argumentiert.

Das Bundesarbeitsministerium hat bereits im Bundesgesetzblatt Nr. 9/69 aus seiner Sicht die voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen der Lohnfortzahlung für das Jahr 1970 dargestellt. Dabei werden die Gesamtkosten der Lohnfortzahlung für die Unternehmer mit 6,72 Milliarden DM in Ansatz gebracht. Dazu rechnet das Bundesarbeitsministerium als erhöhten Unternehmeranteil zur Sozialversicherung 0,76 Milliarden und für die Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte in der Krankenversicherung 1,61 Milliarden DM. Das ergibt eine Gesamtbelastung für das Jahr 1970 von 9,09 Milliarden DM.

Davon aber sind nach den Überlegungen des Bundesarbeitsministeriums finanzielle Entlastungen für die Unternehmer abzusetzen, und zwar für Überwälzung auf die Lohnkosten, 1,1 Milliarden DM, für den Wegfall des Arbeitgeberzuschusses zum Krankengeld und die Beitragssenkung in der Krankenversicherung 3,23 Milliarden DM sowie für die Entlastung von Einkommen-, Körperschafts- und Gewerbesteuer 1,98 Milliarden DM. Dazu kommt eine Überbrückungshilfe des Bundes von 0,2 Milliarden, das macht zusammen 6,51 Milliarden DM. Als Nettobelastung verbleiben für die Unternehmer 2,58 Milliarden DM.

Doch das ist noch nicht die ganze Wahrheit: Das Bundesarbeitsministerium hat nämlich vergessen, daß den Unternehmern schon im Jahre 1964 die Finanzierung des Kindergeldes vom Bundeshaushalt abgenommen wurde — zu Lasten aller Steuerzahler. Das aber geschah ausdrücklich als Ausgleich für die Mehrbelastungen infolge der damals in der Diskussion befindlichen und erst jetzt wirklichen Lohnfortzahlungen für Arbeiter im Krankheitsfälle.

Bekanntlich waren Lohnfortzahlungsgesetz und Bundeskindergeldgesetz im Sozialpaket des damaligen Arbeitsministers Blank verschnürt und sollten zur gleichen Zeit in Kraft treten. Allein 1969 betrugen die eingesparten

Kindergeldzahlungen 2,7 Milliarden DM. Stellt man diesen Betrag den 2,58 Milliarden DM Restbelastung für die Unternehmer gegenüber, bleibt für sie sogar noch ein Überschuß. Es besteht darum für die Gewerkschaften nicht die geringste Veranlassung, sich durch das Unternehmerargument „soziale Belastungen“ von der Durchsetzung ihrer Lohnforderungen abhalten zu lassen. - pp

Gartenarbeiter erhielten Lohnerhöhung

Mit dem Abschluß von Tarifverträgen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland ist die diesjährige Tarifrunde im Gartenbau beendet worden. Die Ecklöhne wurden in dieser Branche um 10 bis annähernd 12 Prozent heraufgesetzt. Damit ist jedoch der allgemeine Lohnrückstand der Gartenbauarbeiter zu den Beschäftigten vergleichbarer Branchen noch lange nicht aufgeholt.

Zu guter Letzt:

„Die DDR muß einen Erziehungsprozeß durchmachen.“

Das verkündete ebenso arrogant wie dümm der bundesdeutsche Außenminister Scheel. Die Bemerkung des Außenministers läßt darauf schließen, daß bei ihm die politischen „Erziehungsprozesse“ hinsichtlich einer realistischen Betrachtungsweise verblich gewesen sind.

nachrichten

Die NACHRICHTEN — Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik — erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307;

Heinz Seeger, 789 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Telefon 54 97 96; Konto-Nr. 58 029 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postscheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpreis 0,75 DM; vierteljährlich 2,25 DM, jährlich 9,— DM plus Zustellgebühr (1,80 DM).

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co, Neumünster